

Bericht

über die **Prüfung des Gesamtabchlusses**
der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011
durch das Rechnungsprüfungsamt und
den Rechnungsprüfungsausschuss
der Stadt Dortmund





Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	1
2	Prüfungsauftrag.....	2
3	Grundsätzliche Feststellungen zur Gesamtlagebeurteilung.....	3
4	Durchführung der Prüfung	4
4.1	Gegenstand der Prüfung.....	4
4.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung.....	4
5	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung des Gesamtabchlusses.....	7
5.1	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.....	7
5.2	Konsolidierungskreis und Stichtag des Gesamtabchlusses	9
5.2.1	Konsolidierungskreis.....	9
5.2.2	Stichtag des Gesamtabchlusses.....	10
5.3	Konsolidierungsmethoden	11
5.4	Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse.....	11
5.5	Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses.....	12
5.6	Gesamtlagebericht	14
5.7	Beteiligungsbericht	14
5.8	Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage.....	15
6	Bestätigungsvermerk.....	19



Anlagenverzeichnis

Anlage

Gesamtergebnisrechnung 2011	1
Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2011	2
Gesamtanhang zum 31. Dezember 2011 einschließlich Anlagen	3
(Anlagen zum Gesamtanhang: Gesamtanlagenspiegel, Gesamtrückstellungsspiegel, Gesamtverbindlichkeitspiegel)	
Gesamtlagebericht 2011	4



Abkürzungsverzeichnis

DV	Datenverarbeitung
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
ggf.	gegebenenfalls
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoK	Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IM	Innenministerium Nordrhein-Westfalen
lt.	laut
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFEG	NKF Einführungsgesetz in Nordrhein-Westfalen
NKFG	Gesetz über ein NKF in Nordrhein-Westfalen
NRW	Nordrhein-Westfalen
PS	Prüfungsstandard
vgl.	vergleiche





1 Vorwort

Mit diesem Bericht wird bereits die 2. Prüfung eines nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellten Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund abgeschlossen.

Die Aufstellung des Gesamtabchlusses, der aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang besteht, hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu erfolgen. Dem Gesamtabschluss sind ein Gesamtlagebericht und ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabchluss müssen die verselbständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

Der zum 31. Dezember 2011 aufgestellte Gesamtabchluss wurde dem Rat der Stadt Dortmund zugeleitet und vom Rechnungsprüfungsamt für den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft.



2 Prüfungsauftrag

Die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund obliegt dem Rechnungsprüfungsausschuss (§ 59 Abs. 3 i. V. m. § 116 Abs. 6 GO NRW). Zur Durchführung der Prüfung bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss der örtlichen Rechnungsprüfung, zu deren Aufgabenbereich die Prüfung des Gesamtabchlusses nach § 103 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW gehört.

Die Prüfung erfolgt unter Beachtung der GO NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW), der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zur Konzernrechnungslegung sowie der örtlichen Regelungen. Dabei legt die GemHVO NRW fest, dass das HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2002, anzuwenden ist (statischer Verweis). Zudem wurden auch die Handlungsempfehlungen des nordrhein-westfälischen Modellprojektes zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabchlusses (Praxisleitfaden des IM NRW, 4. Auflage, September 2009) sowie die Handreichung für Kommunen des IM NRW zur Anwendung des NKF (4. Auflage, September 2010) zur Prüfung herangezogen.

Über das Ergebnis der Prüfung berichtet dieser Prüfungsbericht.

Der Bericht ist in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vgl. IDW PS 450) erstellt.

Sofern sich Besonderheiten aus den Anforderungen des NKF und der Öffentlichkeit an den Prüfungsbericht ergeben, sind Inhalt und Gliederung entsprechend angepasst.

Der Gesamtabschluss wurde im Entwurf gemäß § 116 Abs. 5 i. V. m. 95 Abs. 3 GO NRW am 13. September 2012 von Herrn Stadtkämmerer Stüdemann aufgestellt, am 14. September 2012 vom Herrn Oberbürgermeister Sierau bestätigt und dem Rat der Stadt Dortmund zu seiner Sitzung am 27. September 2012 zugeleitet. Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner o. g. Sitzung den Entwurf zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet (vgl. Drucksache Nr. 07627-12).

Gemäß § 116 Abs. 6 i. V. m. § 101 Abs. 2 GO NRW ist dem Oberbürgermeister vor Abgabe des Prüfungsberichtes durch den Rechnungsprüfungsausschuss an den Rat der Stadt Dortmund Gelegenheit zur Stellungnahme zum Prüfungsergebnis zu geben.



3 Grundsätzliche Feststellungen zur Gesamtlagebeurteilung

Der Gesamtabschluss ist durch einen Gesamtlagebericht zu ergänzen (§ 116 Abs. 1 GO NRW). Gemäß § 51 GemHVO NRW ist durch den Gesamtlagebericht das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der verselbständigten Aufgabenbereiche zu erläutern. Dazu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Außerdem hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, den Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Gemeinde unter Einbeziehung der verselbständigten Aufgabenbereiche und der Gesamtlage der Gemeinde zu enthalten. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Gemeinde einzugehen.

Im Gesamtabschluss und im Gesamtlagebericht sind nach Auffassung der Rechnungsprüfung wesentliche Aussagen zur wirtschaftlichen Lage, zur Haushaltswirtschaft, zu Vorgängen von besonderer Bedeutung sowie zu den Chancen und Risiken der Stadt Dortmund getroffen worden.

Der Gesamtlagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Gesamtabchlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Beurteilung der Gesamtlage vermittelt insgesamt – zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtlageberichtes – ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung sind zutreffend dargestellt. Die Gesamtlagebeurteilung durch den Oberbürgermeister ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Auf eine Angabe am Schluss des Gesamtlageberichtes gemäß § 95 Absatz 2 GO NRW (Verwaltungsvorstand und Ratsmitglieder, Angaben zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.) wurde zur Vermeidung von Doppelnennung und mit Verweis auf den Einzelabschluss der Stadt Dortmund (Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011) verzichtet. Eine Prüfung dieser Angaben ist entsprechend nicht erfolgt.



4 Durchführung der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung sind der Gesamtabchluss der Stadt Dortmund einschließlich Gesamtanhang und der Gesamtlagebericht (§ 116 Abs. 6 GO NRW).

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Gesamtabchluss abzugeben. Dazu wurde der am 27. September 2012 in den Rat eingebrachte Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2011 geprüft.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages ist die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften geprüft worden.

Die Abgabe von Vollständigkeitserklärungen gemäß dem IDW Standard wurde hinsichtlich des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2011 nicht verlangt. Herr Oberbürgermeister Sierau bzw. die für die Erstellung des Gesamtabchlusses verantwortlichen Mitarbeiter/-innen der Stadtkämmerei haben die erbetenen Unterlagen, Aufklärungen und Nachweise erbracht.

4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Die Prüfung ist gemäß § 103 GO NRW und § 116 Abs. 6 GO NRW i. V. m. § 101 Abs. 2 bis 8 GO NRW sowie in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen worden.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Gesamtabchluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Denn Ziel der Prüfung ist gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW die Feststellung, ob der Gesamtabchluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde vermittelt.

Auf der Grundlage des vom IDW entwickelten risikoorientierten Prüfungsansatzes ist eine an den Risiken der Stadt Dortmund ausgerichtete Prüfungsplanung vorgenommen worden. Diese Prüfungsplanung beruht auf den ersten analytischen Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Einschätzung des rechnungslegungsbezogenen internen



Kontrollsystems. Das darauf aufbauende prüffeldbezogene Prüfungsprogramm bestimmt auf der Grundlage der festgestellten Risikofaktoren die Prüfungsschwerpunkte.

Die Prüfung wurde so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Gesamtlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung umfasst insbesondere die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Jahresabschlüsse und Überleitungsrechnungen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichtes.

Die einzelnen Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche wurden gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW nicht durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft, da die Prüfung bereits nach gesetzlichen Vorschriften durch die Abschlussprüfer erfolgt ist. Ebenso wurden die Überleitungsrechnungen der einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, die einer prüferischen Durchsicht durch die jeweiligen Abschlussprüfer unterzogen wurden, nicht geprüft. Für diese Abschlüsse kann festgestellt werden, dass sie vollständig sind und eine geeignete Konsolidierungsgrundlage darstellen.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise über die Angaben im Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Es wurden System- und Einzelfallprüfungen durchgeführt. Die Auswahl der Stichproben beruhte – im Gegensatz zu mathematisch statistischen Verfahren – auf einem Verfahren mit bewusster Auswahl.

Der zeitliche Ablauf der Prüfung bestimmte sich durch die sachliche Prüfungsbereitschaft der Verwaltung (Stadtkämmerei) sowie die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen innerhalb des Rechnungsprüfungsamtes.

Mit der Prüfung des Gesamtabchlusses wurde bereits während der laufenden Prozesse begonnen. Die Prüfungshandlungen wurden überwiegend im Dezember 2012 abgeschlossen. Im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses wurden Prüfungshandlungen insbesondere mit folgenden Schwerpunkten durchgeführt:



- Festlegung und Abgrenzung des Konsolidierungskreises,
- Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Jahresabschlüsse,
- Ermittlung des Summenabschlusses (einschließlich der Überleitungsrechnungen und Anpassungen an die Bewertungsmethoden aus Sicht des Gesamtabchlusses (zutreffende Anwendung von Wahlrechten, Ansatzgeboten und -verboten sowie Vereinfachungen, Gesamtabchluss-Richtlinie)),
- Ordnungsmäßigkeit der Übernahmewerte aus den Meldedateien der einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche,
- durchgeführte Konsolidierungsmaßnahmen (Kapitalkonsolidierung, Schuldenkonsolidierung, Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebniskonsolidierung),
- Ermittlung der Anteile fremder Gesellschafter,
- Entwicklung des Eigenkapitals,
- Darstellung der Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung und
- Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Angaben im Gesamtanhang einschließlich der Gesamtkapitalflussrechnung sowie der beigefügten Übersichten (Gesamtanlagenspiegel, Gesamtrückstellungsspiegel, Gesamtverbindlichkeiten-spiegel).

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Gesamtabschluss ist gemäß § 116 i. V. m. § 96 GO NRW bis zum 31. Dezember des auf den Abschlussstichtag folgenden Jahres vom Rat der Stadt durch Beschluss zu bestätigen. Die Einbringung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2011 erfolgte zur Sitzung des Rates am 27. September 2012.

Verschiedene Prüfungshandlungen können erst nach Vorlage des Gesamtabchlusses durchgeführt werden. Da zudem eine angemessene Zeitspanne zur Stellungnahme für die Stadtkämmerei und den Oberbürgermeister sowie die Terminsetzung der städtischen Gremien zu berücksichtigen sind, kommt es hinsichtlich der Beschlussfassung über den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011 gegenüber der gesetzlichen Vorgabe zu einer zeitlichen Verzögerung, die jedoch aufgrund der kurzen Fristsetzung unvermeidbar war.

Darüber hinaus wurden in diesem Jahr im Rahmen der Prüfung des Einzelabschlusses der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011 Feststellungen im Bereich der Transferaufwendungen getroffen. Daraufhin wurde der Jahresabschluss der Stadt Dortmund mit Datum vom 22. Oktober 2012 in verschiedenen Bereichen geändert. Infolgedessen wurde auch der am 27. September 2012 dem Rat der Stadt Dortmund vorgelegte Entwurf des Gesamtabchlusses analog angepasst.



5 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung des Gesamtabchlusses

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Auf den Gesamtabschluss sind gemäß § 49 GemHVO NRW, soweit seine Eigenart keine Abweichungen bedingt oder nichts anderes bestimmt ist, die §§ 32 bis 38, 41 bis 43 und 47 GemHVO NRW, die Regelungen zum städtischen Einzelabschluss (Jahresabschluss) enthalten, entsprechend anzuwenden.

Die Art der Einbeziehung der einzelnen verselbständigten Aufgabenbereiche in den Gesamtabchluss richtet sich nach § 50 GemHVO NRW. Hierbei bezieht sich die GemHVO NRW auf die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches zur Konzernrechnungslegung. Die GemHVO NRW stellt klar, dass das HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2002, anzuwenden ist (statischer Verweis).

In Anlehnung an das Handelsrecht macht auch das NKF die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zur Grundlage des städtischen Jahresabschlusses und aufgrund des Verweises auch zur Grundlage des Gesamtabchlusses. Zu den wesentlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gehören die Grundsätze der Klarheit, Richtigkeit, Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit. Die Buchführung ist nur dann ordnungsgemäß, wenn ein sachverständiger Dritter sich innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Vorgehensweise und über die Ergebnisse verschaffen kann. Die GoB werden ergänzt durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung (GoK), die sich an den Schritten bei der Erstellung des Gesamtabchlusses orientieren. Zu beachtende GoK sind insbesondere:

- Grundsatz der Einheitlichkeit der Stichtage
(in Anlehnung an § 299 Abs. 2 S. 2 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit des Ausweises
(§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 41 Abs. 3, 4 und § 38 Abs. 1 S. 3 GemHVO NRW)
- Grundsatz der Einheitlichkeit des Ansatzes
(§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 300 Abs. 2 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit der Bewertung
(§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 308 Abs. 1 S. 1 HGB)
- Grundsatz der Einheitlichkeit der Währung
(d. h. Wertansatz in Euro in Anlehnung an § 298 i. V. m. § 244 HGB)



Diese Grundsätze werden durch die Grundsätze der Wesentlichkeit (§§ 296 Abs. 2 HGB, 303 Abs. 2 HGB) und Wirtschaftlichkeit (§§ 291 Abs. 1, 293 HGB) eingeschränkt.

Grundlage für die Rechnungslegung des Gesamtabchlusses ist ein von der Stadtkämmerei erarbeiteter Leitfaden für die Erstellung des Gesamtabchlusses der Stadt Dortmund (Gesamtabschluss-Richtlinie, Stand: Januar 2012), der entsprechend der Regelungen der GemHVO NRW grundsätzliche Vorgaben, z. B. hinsichtlich der Gliederung der Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung, der örtlichen Nutzungsdauern, des Positionenrahmens/-plans der Stadt Dortmund beinhaltet. Zudem sind darin Vorgaben zur Überleitung aus den Einzelabschlüssen sowie Hinweise für den Gesamtanhang und die Meldedateien enthalten. Er dient der Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses und der Sicherstellung der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung. Die Stadtkämmerei hat bereits im Jahr 2008 mit der Erarbeitung des Leitfadens begonnen und das Rechnungsprüfungsamt kontinuierlich bis zur Abstimmung des für den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011 geltenden Leitfadens mit einbezogen.

Die Konsolidierung erfolgte unter Einsatz der Software SAP SEM BCS. Entsprechend der Vorschriften der GemHVO NRW dürfen bei der DV-Buchführung nur fachlich geprüfte Programme und freigegebene Verfahren eingesetzt werden. Die Ordnungsmäßigkeit des Freigabe- und Aktivierungsverfahrens bei SAP-Programmen wird durch das Rechnungsprüfungsamt regelmäßig überwacht.

Die Stadtkämmerei hat das Konsolidierungsprogramm vor dem Einsatz fachlich getestet und freigegeben. Zusätzlich zum Fachtest und zur Vorbereitung auf den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2010 wurden mit der Konsolidierungssoftware bereits für die Jahre 2008 und 2009 Probegesamtabschlüsse erstellt. Zur Überprüfung der Richtigkeit der Ergebnisse aus dem SAP-System hat die Stadtkämmerei die Konsolidierung für die Probegesamtabschlüsse 2008 und 2009 und die Konsolidierung für die Gesamtabschlüsse 2010 und 2011 manuell parallel in Excel nachvollzogen.

Die im Rahmen des Gesamtabchlusses von der Stadtkämmerei manuell vorgenommenen Buchungen werden in einem Belegjournal vollständig und fortlaufend festgehalten. Diese sind insoweit förmlich ordnungsgemäß und sachlich richtig. Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung war aus Sicht der Rechnungsprüfung gegeben.

Die Gesamtabchluss-Richtlinie und die weiteren geprüften Unterlagen, der Gesamtabchluss einschließlich Gesamtanhang und Gesamtlagebericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften sowie den sie ergänzenden Verordnungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.



5.2 Konsolidierungskreis und Stichtag des Gesamtabchlusses

5.2.1 Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst diejenigen wirtschaftlich und organisatorisch selbstständigen Betriebe der Kommune, die im Wege der Vollkonsolidierung bzw. Equity-Methode in den Gesamtabchluss nach § 116 Abs. 2 GO NRW einbezogen werden müssen. Die Art der Einbeziehung richtet sich nach § 50 GemHVO NRW.

Verselbstständigte Aufgabenbereiche sind voll zu konsolidieren, sofern sie entweder unter der einheitlichen Leitung der Kommune gemäß § 50 Abs. 2 S. 1 GemHVO NRW stehen oder das Control-Konzept gemäß § 50 Abs. 2 S. 2 GemHVO NRW seine Anwendung findet. Kann die Kommune nur einen maßgeblichen Einfluss auf die verselbstständigten Aufgabenbereiche ausüben, ist die Equity-Methode gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB anzuwenden. Sofern weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss von Seiten der Kommune gegeben ist oder aber das Einbeziehungswahlrecht gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW ausgeübt wird, sind die Betriebe zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Cost) zu bewerten.

Der Kreis der in den Gesamtabchluss der Stadt Dortmund einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurde gemäß § 50 GemHVO NRW ermittelt und ist im Gesamtanhang (Anlage 3 dieses Berichtes) dargestellt.

Die Abgrenzung des Vollkonsolidierungskreises und die Abgrenzung der nach der Equity-Methode einzubeziehenden Unternehmen erfolgten grundsätzlich nach Wesentlichkeitsmaßstäben, die sich an den im NRW-Modellprojekt genannten Kriterien orientieren. Unter Berücksichtigung der örtlich vorliegenden Gegebenheiten wurden als Wesentlichkeitsgrenzen im Einzelabschluss der verselbstständigten Aufgabenbereiche für die Einbeziehung in den Konsolidierungskreis festgelegt, dass Veränderungen:

- des Jahresergebnisses um mehr als 10 % und der Bilanzsumme um mehr als 0,25 % oder
- der Bilanzsumme um mehr als 5 % oder
- sonstiger wichtiger Einzelposten um mehr als 10 %

als wesentlich beurteilt werden.

Zur Bestimmung des Konsolidierungskreises für den Gesamtabchluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011 wurden Kennzahlen hinsichtlich der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage aus den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2009 der verselbstständigten Aufgabenbereiche anhand absoluter und relativer Werte



zu Grunde gelegt. Die ermittelten Beträge jedes Betriebes wurden ins Verhältnis zu der Gesamtsumme aller verbundenen Betriebe je Kriterium gesetzt. Anhand der Zahlenwerte wurde jeder einzelne verselbständigte Aufgabenbereich hinsichtlich der untergeordneten Bedeutung geprüft. Anschließend erfolgte eine Gesamtbetrachtung in Form einer Addition aller als unwesentlich eingestuften Betriebe je Kriterium. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 wurde nochmals geprüft, ob für den einzelnen verselbständigten Aufgabenbereich hinsichtlich des Einflusses auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage eine Veränderung eingetreten ist.

Unabhängig von den Wesentlichkeitsgrenzen werden die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Sondervermögen aufgrund der identischen Rechtspersönlichkeit mit der Stadt Dortmund als zum Vollkonsolidierungskreis gehörig eingestuft.

Die wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nicht in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche sind ebenfalls im Gesamtanhang (Anlage 3 dieses Berichtes) aufgeführt.

5.2.2 Stichtag des Gesamtabchlusses

Der Gesamtabschluss ist gemäß § 116 Abs. 1 Satz 1 GO NRW jeweils auf den 31. Dezember (Abschlussstichtag) eines jeden Jahres aufzustellen. Auch die Jahresabschlüsse aller voll zu konsolidierenden Betriebe sind grundsätzlich auf diesen Stichtag aufzustellen. Für Betriebe mit abweichendem Wirtschaftsjahr, die Jahresabschlüsse mit Abschlussstichtag vor dem 30. September aufstellen, sind Zwischenabschlüsse erforderlich. Hierbei gelten jedoch Ausnahmen, die im NRW-Modellprojekt konkretisiert wurden. Bei Betrieben im Kulturbereich mit gleichbleibendem Geschäftsverlauf, deren Abschlussstichtag um mehr als drei Monate, aber nicht mehr als sechs Monate vom Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses abweicht, kann von der Aufstellung eines Zwischenabschlusses abgesehen werden. Von dieser Möglichkeit wurde für den Eigenbetrieb Theater Dortmund und die Konzerthaus Dortmund GmbH mit Abschlussstichtagen zum 31. Juli Gebrauch gemacht und auf die Aufstellung eines Zwischenabschlusses verzichtet.

Die Anwendung der Wesentlichkeitsgrenzen und der rechnungslegungsbezogenen Erleichterungen bzw. Ausnahmen werden als sachgerecht und vertretbar bewertet. Das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage wird nach Auffassung der Rechnungsprüfung hierdurch nicht beeinträchtigt.

Neben der Einbeziehung aller eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sind alle verselbständigten Aufgabenbereiche, die für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanz-



gesamtlage von Bedeutung sind, im Gesamtabchluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011 enthalten.

5.3 Konsolidierungsmethoden

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf die Angaben des Gesamtanhangs (Anlage 3 dieses Berichtes). Ergänzend werden folgende Erläuterungen gegeben:

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der städtischen Betriebe und der Stadt wurden auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des NKF i.V.m. den entsprechenden Regelungen des HGB in der Fassung vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2002, und unter Inanspruchnahme der Erleichterungsregelungen aus dem NKF-Modellprojekt zum 31. Dezember 2011 aufgestellt. Hierbei unterlagen neben der Kernverwaltung der Stadt Dortmund 26 Betriebe der Vollkonsolidierung, vier Betriebe wurden nach der Equity-Methode konsolidiert; die übrigen Beteiligungen waren von untergeordneter Bedeutung und sind zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Gesamtabchluss eingeflossen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 HGB nach der Neubewertungsmethode. Dabei erfolgt die Verrechnung mit dem Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Konzernorganisationen.

Die aufgrund der Neubewertung zum 1. Januar 2006 aufgedeckten stillen Reserven wurden den betreffenden Bilanzposten zugeordnet und auf den Erstkonsolidierungszeitpunkt 1. Januar 2010 fortgeführt. Der aus der Kapitalkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbetrag wurde zum 31. Dezember 2010 aufgelöst.

Die innerhalb des Konsolidierungskreises bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Aufwendungen und Erträge sowie die wesentlichen Zwischenergebnisse wurden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften eliminiert.

Die Equity-Konsolidierung wurde nach der Buchwertmethode vorgenommen. Die Ermittlung der Wertansätze erfolgte auf den (fiktiven) Erwerbszeitpunkt. Die Bewertungsmethoden der at-Equity bewerteten Gesellschaften wurden gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i.V.m. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

5.4 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse

Die Jahresabschlüsse der verselbständigten Aufgabenbereiche werden gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW nicht in die Prüfung einbezogen, da sie bereits nach den gesetzlichen Vorschriften durch Abschlussprüfer geprüft worden sind. Ebenso werden die Überlei-



tungsrechnungen der einbezogenen Betriebe nicht gesondert geprüft. Diese werden einer prüferischen Durchsicht durch die Abschlussprüfer unterzogen. Lediglich die prüferische Durchsicht der Unterlagen der städtischen Kernverwaltung erfolgt durch das Rechnungsprüfungsamt, da die örtliche Rechnungsprüfung auch den NKF-Einzelsabschluss der Stadt Dortmund (Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011) geprüft hat. Mit Datum vom 21. Juni 2012 hat das Rechnungsprüfungsamt eine Bescheinigung über die prüferische Durchsicht erteilt.

Die vorgelegten Jahresabschlüsse und Unterlagen, insbesondere die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz I in die Kommunalbilanz II der verselbständigten Aufgabenbereiche, die einer prüferischen Durchsicht der Abschlussprüfer unterzogen wurden, waren vollständig, nachvollziehbar und wurden für eine Übernahme in die Prüfung des Gesamtabchlusses als geeignet angesehen.

Soweit Umgliederungen sowie Anpassungen des Bilanzansatzes und -ausweises bzw. Bewertungsanpassungen bei den Einzelabschlüssen entsprechend der für den Gesamtabchluss geltenden Regelungen erforderlich waren, wurden diese im Rahmen der Überleitungsrechnungen vorgenommen.

Auf Bewertungsanpassungen bei Pensionsrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen wurde mit Bezug auf § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 308 Abs. 2 S. 3 HGB verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Gesamtabchlusses von untergeordneter Bedeutung sind. Die untergeordnete Bedeutung wurde anhand der Beträge unter Berücksichtigung der Wesentlichkeitskriterien (siehe hierzu 5.2.1) ermittelt.

Zu allen Jahresabschlüssen der verselbständigten Aufgabenbereiche des Vollkonsolidierungskreises lagen Prüfungsberichte, die mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen waren, und Bestätigungen über prüferische Durchsichten der Abschlussprüfer vor.

5.5 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses

Der uns vorgelegte Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang, ist nach den Vorschriften der GO NRW aufgestellt worden. Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten Betriebe und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden.



Die Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung sind gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW entsprechend der Regelungen für den Jahresabschluss der Kommune zu gliedern, soweit ihre Eigenart keine Abweichung bedingt. Im Rahmen des NRW-Modellprojektes wurde die anzuwendende Gliederung der Bilanz und Ergebnisrechnung an die Erfordernisse eines Gesamtabchlusses angepasst.

Die Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2011 und Gesamtergebnisrechnung 2011 (siehe Anlagen 1 und 2 zu diesem Bericht) sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gegliedert und entsprechen in ihrem Aufbau den vom IM vorgegebenen Mustern für das doppelte Rechnungswesen und zu Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung. Dieser Runderlass des Innenministeriums NRW vom 24. Februar 2005, geändert am 05. Juli 2010, gilt bis zum Ablauf des Jahres 2014. Die gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften gemäß § 49 Abs. 3 i. V. m. §§ 32 - 38 sowie §§ 41 - 43 und 47 GemHVO NRW wurden eingehalten.

Im Gesamtanhang sind gemäß § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO NRW die für die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Wertansätze beurteilen können. Dem Gesamtanhang ist eine nach den Grundsätzen des DRS 2 aufgestellte Kapitalflussrechnung beizufügen. Das NRW-Modellprojekt empfiehlt, für die Gesamtkapitalflussrechnung freiwillig einen Gesamtanlagenspiegel aufzustellen. Gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. § 47 GemHVO NRW ist ein Gesamtverbindlichkeitspiegel in den Gesamtanhang aufzunehmen.

Der als Anlage 3 zu diesem Bericht wiedergegebene Gesamtanhang zum 31. Dezember 2011 entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben zu den einzelnen Positionen des Gesamtabchlusses und die sonstigen Angaben sind richtig und vollständig enthalten.

Die im Gesamtanhang wiedergegebene Gesamtkapitalflussrechnung und der als Anlage 3-1 wiedergegebene Gesamtanlagenspiegel sowie die als Anlagen 3-2 und 3-3 wiedergegebenen Gesamttrückstellungsspiegel und Gesamtverbindlichkeitspiegel wurden ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten Betriebe und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die im Rahmen der Prüfung angeforderten Dokumentationen waren sowohl ausreichend als auch angemessen und genügten den Anforderungen.



5.6 Gesamtlagebericht

Der Gesamtabschluss ist gemäß § 116 GO NRW i.V.m. § 49 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Der als Anlage 4 zu diesem Bericht wiedergegebene Gesamtlagebericht enthält, ergänzt durch das vom IM festgelegte Kennzahlenset inklusive der Erläuterungen, eine Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011. Darüber hinaus wird im Lagebericht auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Dortmund eingegangen.

Der Gesamtlagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften und enthält alle erforderlichen Angaben.

Der Gesamtlagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund. Die im Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtlageberichtes absehbaren wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind im Gesamtlagebericht dargestellt.

5.7 Beteiligungsbericht

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 117 GO NRW i. V. m. § 49 GemHVO NRW ein Beteiligungsbericht beizufügen. Er enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Dortmund. Im Beteiligungsbericht werden alle Betriebe aufgeführt und dargestellt, d.h. auch die Betriebe, die nicht dem Konsolidierungskreis angehören. Der Beteiligungsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung des Gesamtabchlusses, allerdings soll er den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune unterstützen.

Der Beteiligungsbericht 2011/2012 wurde mit einer separaten Vorlage (vgl. Drucksache Nr.: 07754-12) dem Rat der Stadt Dortmund zu seiner Sitzung am 27. September 2012 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Beteiligungsbericht 2011/2012 der Stadt Dortmund enthält alle nach § 52 GemHVO NRW erforderlichen Angaben und ist geeignet, den im Gesamtabchluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt Dortmund zu unterstützen.



5.8 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage

Die Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2011 schließt mit einer Bilanzsumme von 11.004.699.854,57 €. Die Gesamtergebnisrechnung 2011 weist einen Gesamtjahresfehlbetrag von -112.267.538,15 € aus.

Die Gesamtergebnisstruktur stellt sich wie folgt dar:

Ertrags- und Aufwandsarten	2011 in T€	2010 in T€	+ / - in T€	+ / - in %
Steuern und ähnliche Abgaben	631.573	613.079	18.494	3,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	631.179	641.790	-10.611	-1,7
Sonstige Transfererträge	74.339	64.984	9.355	14,4
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	256.550	254.437	2.113	0,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.428.612	1.346.986	81.626	6,1
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60.396	50.016	10.380	20,8
Sonstige ordentliche Erträge	166.434	162.673	3.761	2,3
Aktiviert Eigenleistungen	23.648	24.405	-757	-3,1
Bestandsveränderungen	1.771	4.452	-2.681	-60,2
Ordentliche Gesamterträge	3.274.502	3.162.822	111.680	3,5
Personalaufwendungen	920.852	930.839	-9.987	-1,1
Versorgungsaufwendungen	119.074	83.106	35.968	43,3
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.096.792	976.194	120.598	12,4
Bilanzielle Abschreibungen	310.787	320.051	-9.264	-2,9
Transferaufwendungen	674.521	638.685	35.836	5,6
Sonstige ordentliche Aufwendungen	254.239	277.772	-23.533	-8,5
Ordentliche Gesamtaufwendungen	3.376.265	3.226.647	149.618	4,6
Ordentliches Gesamtergebnis	-101.763	-63.825	-37.938	-59,4
Finanzerträge	47.166	55.694	-8.528	-15,3
Erträge aus assoziierten Unternehmen	126.635	139.170	-12.535	-9,0
Finanzaufwendungen	131.053	130.817	236	0,2
Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	500	0	500	
Gesamtfinanzergebnis	42.248	64.047	-21.799	-34,0
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	-59.515	222	-59.737	.
Gesamtjahresfehlbetrag	-59.515	222	-59.737	.
Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-52.753	-50.303	-2.450	-4,9
Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-112.268	-50.081	-62.187	-124,2



Die Gesamtvermögens- und Gesamtkapitalstruktur zeigt sich wie folgt:

	2011 in T€	2010 in T€	+ / - in T€	+ / - in %
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.414	16.914	500	3,0
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	711.375	711.066	309	0,1
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.401.963	2.301.797	100.166	4,4
Infrastrukturvermögen	3.069.271	3.091.962	-22.691	-0,7
Bauten auf fremden Grund und Boden	786	710	76	10,7
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	16.830	16.340	490	3,0
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	183.266	181.524	1.742	1,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.599	104.131	1.468	1,4
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	251.177	329.023	-77.846	-23,7
Finanzanlagevermögen	3.261.700	3.174.654	87.046	2,7
Anlagevermögen insgesamt	10.019.381	9.928.121	91.260	0,9
Vorräte	288.660	316.083	-27.423	-8,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	452.609	480.588	-27.979	-5,8
Wertpapiere des Umlaufvermögens	25.607	25.342	265	1,0
Liquide Mittel	164.676	183.713	-19.037	-10,4
Aktive Rechnungsabgrenzung	53.767	53.924	-157	-0,3
Gesamtvermögen	11.004.700	10.987.771	16.929	0,2
Passiva				
Eigenkapital	2.784.757	2.905.419	-120.662	-4,2
- davon Allgemeine Rücklage	2.136.267	2.130.155	6.112	0,3
- davon Sonderrücklage	19.530	23.123	-3.593	-15,5
- davon Ergebnisvortrag	-50.081	0	-50.081	
- davon Gesamtjahresfehlbetrag	-112.268	-50.081	-62.187	-124,2
- davon Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	791.309	802.222	-10.913	-1,4
Sonderposten	1.506.483	1.557.130	-50.647	-3,3
Pensionsrückstellungen	1.685.618	1.627.984	57.634	3,5
Übrige Rückstellungen	743.533	768.532	-24.999	-3,3
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.419.026	2.399.844	19.182	0,8
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.323.636	1.207.280	116.356	9,6
Übrige Verbindlichkeiten	467.473	445.723	21.750	4,9
Passive Rechnungsabgrenzung	74.174	75.859	-1.685	-2,2
Gesamtkapital	11.004.700	10.987.771	16.929	0,2



Finanzgesamtlage (Kapitalflussrechnung)	2011 in T€	2010 in T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Gesamtergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit (Gesamtjahresergebnis vor ausserordentlichen Posten)	-59.515	222
Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	293.938	296.222
Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	37.098	84.674
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-156.113	-92.036
Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	387	-19.958
Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	83.810	-94.652
Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-17.067	-49.965
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	182.538	124.507
Cashflow aus laufender Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	24.057	21.581
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-260.173	-293.058
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.110	-3.982
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	77.546	54.571
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-233.008	-110.788
Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie Sonstigen Sonderposten	49.928	120.672
Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	3.817	0
Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	-2.563	-2.304
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	161
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	-828
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit	-344.506	-213.975
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-61.994	-52.123
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	12.779.604	13.551.775
Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-12.574.703	-13.369.735
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit	142.907	129.917
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-19.061	40.449
Wechselkurs-, konsolidierungskreis und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	25	7.503
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	183.713	135.761
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	164.677	183.713



Aufgrund einer vorgenommenen Ausweiskorrektur weicht die Darstellung in der Kapitalflussrechnung gegenüber dem Ausweis in der Kapitalflussrechnung in Anlage 3 in den Positionen „Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens“ und „Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen“ ab. Ergebnisauswirkungen ergeben sich daraus nicht.

Bezüglich der für den Gesamtabschluss relevanten NKF-Kennzahlen verweisen wir an dieser Stelle auf die im Gesamtlagebericht dargestellten Kennzahlen (Anlage 4 dieses Berichtes). Die ermittelten Kennzahlen orientieren sich an dem vom IM festgelegten Kennzahlenset, welches bereits für den Einzelabschluss der Stadt Dortmund (Lagebericht 2011) verwendet wurde.

Von dem NKF-Kennzahlenset für den Einzelabschluss wurde in dem Sinne abgewichen, dass für den Gesamtabschluss die Kennzahlen „Netto-Steuerquote“, „Transferaufwandsquote“ und „Zuwendungsquote“ nicht dargestellt werden und stattdessen die „Fremdkapitalquote“ ermittelt wurde.



6 Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilt das Rechnungsprüfungsamt folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Gesamtabschluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011, bestehend aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang, wurde nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 5 und 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichtes geprüft.

In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Sie wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde einschließlich der gemeindlichen Betriebe sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen. Der Gesamtabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe.



Der Gesamtlagebericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss. Auch er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der gemeindlichen Betriebe und stellt die im Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes absehbaren Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Stadt Dortmund zutreffend dar.“

Dortmund, den 30. Januar 2013

Jutta Seybusch

Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes



Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilt der Rechnungsprüfungsausschuss folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Gesamtabschluss der Stadt Dortmund zum 31. Dezember 2011, bestehend aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang, wurde nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 5 und 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichtes geprüft.

In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Sie wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde einschließlich der gemeindlichen Betriebe sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen. Der Gesamtabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Dortmund einschließlich der gemeindlichen Betriebe.

Der Gesamtlagebericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss. Auch er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzge



samtlage der Gemeinde einschließlich der gemeindlichen Betriebe und stellt die im Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes absehbaren Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Stadt Dortmund zutreffend dar.“

Dortmund, den 18. April 2013

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jürgen Böhm', with a large, stylized flourish at the end.

Jürgen Böhm

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Gesamtergebnisrechnung 2011

Gesamtergebnisrechnung der Stadt Dortmund 2011			
Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2011 EUR	Ergebnis 2010 EUR
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	631.572.974,56	613.079.101,42
2.	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	631.178.683,32	641.789.377,05
3.	+ Sonstige Transfererträge	74.338.670,94	64.984.332,18
4.	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	256.550.276,18	254.436.682,04
5.	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.428.611.921,31	1.346.985.605,93
6.	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60.395.639,53	50.016.312,57
7.	+ Sonstige ordentliche Erträge	166.434.546,82	162.673.224,07
8.	+ Aktivierte Eigenleistungen	23.648.051,83	24.404.804,42
9.	+ Bestandsveränderungen	1.771.113,60	4.452.239,50
10.	= Ordentliche Gesamterträge	3.274.501.878,09	3.162.821.679,18
11.	- Personalaufwendungen	-920.851.939,70	-930.838.862,21
12.	- Versorgungsaufwendungen	-119.073.633,21	-83.106.401,93
13.	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.096.791.816,46	-976.193.745,25
14.	- Bilanzielle Abschreibungen	-310.787.092,40	-320.050.805,48
15.	- Transferaufwendungen	-674.520.695,90	-638.684.971,98
16.	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-254.239.277,76	-277.771.969,07
17.	= Ordentliche Gesamtaufwendungen	-3.376.264.455,43	-3.226.646.755,92
18.	= Ordentliches Gesamtergebnis (= Zeile 10 und 17)	-101.762.577,34	-63.825.076,74
19.	+ Finanzerträge	47.166.252,35	55.694.452,28
20.	+ Erträge aus assoziierten Unternehmen	126.634.534,90	139.170.001,93
21.	- Finanzaufwendungen	-131.052.662,03	-130.817.185,20
22.	- Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	-500.000,00	0,00
23.	= Gesamtfinanzergebnis (= Zeile 19 bis 22)	42.248.125,22	64.047.269,01
24.	= Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (= Zeile 18 und 23)	-59.514.452,12	222.192,27
25.	= Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag (= Zeile 24)	-59.514.452,12	222.192,27
26.	- Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-52.753.086,03	-50.303.463,90
27.	= Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-112.267.538,15	-50.081.271,63

Gesamtbilanz zum 31.12.2011

Gesamtbilanz der Stadt Dortmund zum 31.12.2011					
AKTIVA	31.12.2011	31.12.2010	PASSIVA	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR		EUR	EUR
1. Anlagevermögen	10.019.380.857,95	9.928.120.751,00	1. Eigenkapital	2.784.757.271,80	2.905.419.213,49
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	17.413.536,23	16.913.543,66	1.1 Allgemeine Rücklage	2.136.266.881,09	2.130.155.227,74
1.2 Sachanlagen	6.740.266.962,97	6.736.553.539,33	1.2 Sonderrücklagen	19.530.292,03	23.122.873,74
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	711.374.923,26	711.065.692,09	1.3 Ergebnisvortrag	-50.081.271,63	0,00
1.2.1.1 Grünflächen	358.588.833,80	357.404.095,82	1.4 Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-112.267.538,15	-50.081.271,63
1.2.1.2 Ackerland	42.621.911,88	39.907.582,30	1.5 Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter	791.308.908,46	802.222.383,64
1.2.1.3 Wald, Forsten	14.652.428,23	13.069.111,97	2. Sonderposten	1.506.483.032,14	1.557.129.618,71
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	295.511.749,35	300.684.902,00	2.1 Sonderposten für Zuwendungen	1.368.584.192,62	1.419.036.778,68
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.401.963.270,01	2.301.797.034,04	2.2 Sonderposten für Beiträge	30.273.020,30	29.609.348,77
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	82.948.291,42	85.552.894,75	2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	6.281.493,61	4.918.384,00
1.2.2.2 Schulen	757.154.853,42	768.003.742,25	2.4 Sonstige Sonderposten	101.344.325,61	103.565.107,26
1.2.2.3 Wohnbauten	485.376.798,26	479.572.392,66	3. Rückstellungen	2.429.150.619,23	2.396.516.461,62
1.2.2.4 Krankenhäuser	99.558.715,97	100.896.158,23	3.1 Pensionsrückstellungen	1.685.617.670,29	1.627.984.196,01
1.2.2.5 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	976.924.610,94	867.771.846,15	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	203.290.222,98	205.069.619,56
1.2.3 Infrastrukturvermögen	3.069.270.657,06	3.091.962.161,94	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	29.970.697,04	43.006.485,68
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	528.939.933,92	525.073.192,82	3.4 Steuerrückstellungen	26.460.352,27	18.700.715,37
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	261.103.958,03	264.904.435,87	3.5 Sonstige Rückstellungen	483.811.676,65	501.755.445,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	414.878.713,62	432.266.951,22	4. Verbindlichkeiten	4.210.134.589,13	4.052.846.786,82
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	832.963.379,71	828.539.783,79	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.419.026.486,62	2.399.844.244,65
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	281.005.122,44	260.117.250,69	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.323.635.599,87	1.207.279.802,58
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	459.181.820,06	486.040.161,54	4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	53.637.270,73	56.105.187,75
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	61.214.696,76	57.885.024,50	4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79.236.478,84	77.140.100,23
1.2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	72.746.298,42	64.886.159,72	4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	334.598.753,07	312.477.451,61
1.2.3.9 Abfallentsorgungsanlagen	25.457.235,00	30.048.349,00	5. Passive Rechnungsabgrenzung	74.174.342,27	75.859.036,49
1.2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	131.779.499,10	142.200.852,79			
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	786.410,15	710.397,04			
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	16.830.035,00	16.340.235,72			
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	183.265.575,74	181.524.460,26			
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.599.039,27	104.130.598,74			
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	251.177.052,48	329.022.959,50			
1.3 Finanzanlagen	3.261.700.358,75	3.174.653.668,01			
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	27.369.859,00	25.954.989,37			
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	1.907.078.532,68	1.841.555.944,25			
1.3.3 Beteiligungen	206.457.107,95	207.379.453,04			
1.3.4 Sondervermögen	13.968.099,48	13.772.991,70			
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	671.517.702,06	670.658.449,68			
1.3.6 Ausleihungen	435.309.057,58	415.331.839,97			
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	5.452.988,48	5.452.988,48			
1.3.6.2 an Beteiligungen	206.588.196,41	185.793.290,99			
1.3.6.3 Sonstige Ausleihungen	223.267.872,69	224.085.560,50			
2. Umlaufvermögen	931.551.727,99	1.005.725.947,18			
2.1 Vorräte	288.660.118,69	316.082.891,99			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	288.454.144,26	315.899.629,12			
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	205.974,43	183.262,87			
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	452.608.479,68	480.587.608,88			
2.2.1 Forderungen	312.001.652,06	274.467.559,24			
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	140.606.827,62	206.120.049,64			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	25.606.613,75	25.342.520,00			
2.4 Liquide Mittel	164.676.515,87	183.712.926,31			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	53.767.268,63	53.924.418,95			
Gesamtbilanzsumme	11.004.699.854,57	10.987.771.117,13	Gesamtbilanzsumme	11.004.699.854,57	10.987.771.117,13

Gesamtanhang

der Stadt Dortmund

2011

INHALTSVERZEICHNIS

1. Allgemeine Angaben zum Gesamtabchluss und Gesamtabchlussstichtag	- 1 -
2. Angaben zum Konsolidierungskreis	- 2 -
3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden	- 5 -
4. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	- 6 -
5. Angaben zur Gesamtbilanz	- 8 -
6. Angaben zur Gesamtergebnisrechnung	- 18 -
7. Sonstige Angaben	- 24 -
8. Erweiterung des Gesamtanhangs	- 25 -

1. Allgemeine Angaben zum Gesamtabchluss und Gesamtabchlussstichtag

Die Stadt Dortmund hat nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) zum 31.12.2011 einen Einzelabschluss und einen Gesamtabchluss aufgestellt. Sofern ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) anzuwenden waren, wurden diese berücksichtigt.

Für den Konzern und die konsolidierten Organisationen entspricht das Haushaltsjahr bzw. Geschäftsjahr dem Kalenderjahr.

Das Theater Dortmund, die Konzerthaus Dortmund GmbH und die KEB Holding AG haben ein abweichendes Wirtschaftsjahr. Bei dem Theater Dortmund und der Konzerthaus Dortmund GmbH wurde aufgrund eines gleichbleibenden Geschäftsverlaufes auf einen Zwischenabschluss verzichtet.

Bei den assoziierten Unternehmen wurde der jeweils letzte Jahres-/Konzernabschluss zugrunde gelegt.

Die Betragsangaben erfolgten in tausend Euro (T€).

Im Rahmen des Prüfverfahrens des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Dortmund wurde eine Feststellung im Bereich des Transferaufwands getroffen. Der Jahresabschluss 2011 der Stadt Dortmund wurde bei den Transferaufwendungen als auch korrespondierend bei den sonstigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geändert. In der Folge wurde der in die Ratssitzung am 27.09.2012 (Drucksache Nr. 07627-12) eingebrachte Entwurf des Gesamtabchlusses 2011 im Rahmen dessen Prüfverfahrens analog angepasst.

Gesamtanhang

2. Angaben zum Konsolidierungskreis¹

Der Vollkonsolidierungskreis umfasst neben der Stadt Dortmund folgende neun Sondervermögen und siebzehn voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen:

Name des Unternehmens / Sondervermögens	Sitz	Kapital- anteil in %
Deponiesondervermögen (DSV)	Dortmund	100,00
FABIDO - Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund (FABIDO)	Dortmund	100,00
Friedhöfe Dortmund (Friedhöfe)	Dortmund	100,00
Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund (SV Grund)	Dortmund	100,00
Kulturbetriebe Dortmund (Kulturbetriebe)	Dortmund	100,00
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund (SFB)	Dortmund	100,00
Theater Dortmund (Theater)	Dortmund	100,00
Sondervermögen Verpachtung Technologiezentrum Dortmund (SVTZ)	Dortmund	100,00
Wirtschaftsförderung Dortmund (WFDO)	Dortmund	100,00
DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH (DOGA)	Dortmund	100,00
DOGEWO Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH (DOGEWO21)	Dortmund	90,00
DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH (DOKOM21)	Dortmund	95,01
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)	Dortmund	53,00
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung-Netz GmbH (DEW21-Netz)	Dortmund	100,00
Dortmunder Hafen AG (Hafen)	Dortmund	100,00
Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21)	Dortmund	100,00
DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH (DOWERT)	Dortmund	100,00
EDG Entsorgung Dortmund GmbH (EDG)	Dortmund	100,00
EDG Holding GmbH (EDG Holding)	Dortmund	100,00
Flughafen Dortmund GmbH (Flughafen)	Dortmund	100,00
KEB Holding AG (KEB)	Dortmund	65,13
Klinikum Dortmund gGmbH (Klinikum)	Dortmund	100,00
Konzerthaus Dortmund GmbH (Konzerthaus)	Dortmund	100,00
MVA Hamm Eigentümer-GmbH (MVA-E)	Hamm	57,38
Städt. Seniorenheime Dortmund gGmbH (Seniorenheime)	Dortmund	100,00
Westfalahallen Dortmund GmbH (Westfalahallen)	Dortmund	100,00

Die DOWERT wurde erstmals in 2011 voll konsolidiert.

¹Nach § 116 Abs. 3 GO NRW müssen Unternehmen nicht in den Gesamtabchluss einbezogen werden, wenn deren Einbeziehung von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ist. Bei der Beurteilung der Wesentlichkeit wurden die einschlägigen Kommentierungen zum Handelsrecht berücksichtigt. Danach sind u. a. Unternehmen von untergeordneter Bedeutung deren Bilanzsummen insgesamt 5 % der Gesamtbilanzsumme nicht überschreiten.

Gesamtanhang

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (VSEF-Lage) des Konzerns wurden folgende Organisationen nicht in den Gesamtabschluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- Anteil in %
DE Infrastruktur GmbH	Dortmund	81,00
DEW21 Verwaltungsgesellschaft mbH (DEW21-V)	Dortmund	100,00
DEW21 Windkraftbeteiligungsgesellschaft mbH (DEW21-W)	Dortmund	100,00
Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (DSG)	Dortmund	100,00
DOLOG - Dortmunder Logistikgesellschaft mbH (DOLOG)	Dortmund	100,00
DOREG Dortmunder Recycling GmbH (DOREG)	Dortmund	75,10
Dortmunder Mineralstoffverwertungsgesellschaft mbH (DOMIG)	Dortmund	51,00
energieplus GmbH (energieplus)	Dortmund	100,00
ecce - european centre for creative economy GmbH	Dortmund	100,00
Erste ENP Windpark Alzeim GmbH & Co. KG	Osnabrück	100,00
Flughafen Dortmund Handling GmbH	Dortmund	100,00
H-Bahn-Gesellschaft Dortmund mbH (H-Bahn21)	Dortmund	100,00
Hohenbuschei Beteiligungsgesellschaft mbH (Hohenbuschei GmbH)	Dortmund	51,00
Hohenbuschei GmbH & Co. KG	Dortmund	51,00
KHC Westfalenhallen GmbH	Dortmund	100,00
Krematorium Dortmund GmbH	Dortmund	100,00
Messe Westfalenhallen Dortmund GmbH	Dortmund	100,00
MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB)	Hamm	74,90
MVA Hamm Betreiber Holding GmbH (MVA-BH)	Hamm	58,00
MVA Hamm Betreiber-GmbH (MVA-B)	Hamm	53,10
Olympiastützpunkt Westfalen gemeinnützige GmbH	Dortmund	100,00
Phoenix See Entwicklungsgesellschaft mbH	Dortmund	100,00
Projektgesellschaft Gneisenau GmbH	Dortmund	51,00
ServiceDO GmbH	Dortmund	100,00
SHDO Service GmbH	Dortmund	100,00
StadtEnergie GmbH	Dortmund	100,00
Stadthaus Dortmund - Projektgesellschaft mbH	Dortmund	100,00
Stadtkrone Ost Beteiligungsgesellschaft mbH	Dortmund	55,00
Stadtkrone Ost Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	Dortmund	55,00
Technologiezentrum Dortmund Management GmbH (TZM GmbH)	Dortmund	100,00
Veranstaltungszentrum Westfalenhallen GmbH	Dortmund	100,00
Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie GbR	Dortmund	100,00
Welge Entsorgung GmbH (Welge)	Unna	100,00
Westfalenor 1 GmbH	Dortmund	100,00
Windfarm Rothenkopf GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00
Windkraft Alsleben 1 GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00
Windkraft Netzbetrieb GmbH & Co. KG	Leinfelden	100,00

Ferner wurden vier assoziierte Unternehmen im Gesamtabchluss berücksichtigt:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- anteil in %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG)	Essen	36,00
RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWEB)	Dortmund	34,78
Stadtwerke Schwerte GmbH (Stw. Schwerte); Direkte u. indirekte Anteile	Schwerte	50,00
Wasser und Gas Westfalen GmbH & Co. Holding KG (WGW)	Bochum	50,00

Die KSBG wurde in 2011 erstmals als assoziiertes Unternehmen konsolidiert.

Auf die Einbeziehung folgender assoziierter Unternehmen wurde aufgrund untergeordneter Bedeutung für die VSEF-Lage des Konzerns verzichtet:

Name des Unternehmens	Sitz	Kapital- Anteil in %
AMK Objektgesellschaft mbH & Co KG (AMK-Objekt-KG)	Iserlohn	24,50
Gesellschaft für City-Marketing Dortmund mbH	Dortmund	50,00
HEB-GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB)	Hagen	20,00
HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft (HUI)	Hagen	20,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH	Essen	36,00
MK Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG (MK-B KG)	Iserlohn	50,00
MK Beteiligungsgesellschaft Verwaltung mbH	Iserlohn	50,00
Projektgesellschaft „Minister Stein“ mbH	Dortmund	50,00
Revierpark Wischlingen GmbH	Dortmund	50,00
rku.it GmbH	Herne	40,00
Stiftung DFB Fussballmuseum gGmbH	Dortmund	50,00
Technologiezentrum Dortmund GmbH (TZDO GmbH)	Dortmund	46,60
Wasser und Gas Westfalen Beteiligungsgesellschaft mbH (WGW Beteiligungs-GmbH)	Bochum	50,00
Wasserwerke Westfalen GmbH (WWW)	Dortmund	50,00
Westfälisch Märkisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung –GbR-	Dortmund	41,22

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der **Kapitalkonsolidierung** wurde die Neubewertungsmethode (§ 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HGB) angewandt (Vollkonsolidierung mit Minderheitenausweis). Dabei erfolgt die Verrechnung mit dem Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Konzernorganisationen.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgt nach § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 303 Abs. 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den Konzernorganisationen.

Auf eine **Zwischenergebniseliminierung** aus konzerninternen Lieferungen in 2011 wird gem. § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 304 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die VSEF-Lage verzichtet.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** erfolgt gem. § 50 Abs. 1, 2 GemHVO NRW i.V.m. § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den Konzernorganisationen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

Die **assoziierten Unternehmen** sind in der Gesamtbilanz mit dem Buchwert (Buchwertmethode) angesetzt worden. Dabei wurde in 2010 als Zeitpunkt die erstmalige Einbeziehung der assoziierten Unternehmen in den Gesamtabchluss gewählt. Die Konsolidierung der KSBG in 2011 erfolgte zum Zeitpunkt des Erwerbs auf Grundlage des IFRS-Konzernabschlusses zum 31.12.2011. Der sich aus der Erstkonsolidierung ergebende passive Unterschiedsbetrag von 141.759 T€ wird entsprechend der voraussichtlichen Nutzung aufgelöst.

4. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Organisationen werden für den Gesamtabchluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich einheitlich nach den bei der Stadt Dortmund geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Bewertungsmethoden der **assoziierten Unternehmen** wurden gem. § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i.V.m. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Im Einzelnen wurden im Konzern folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen (bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer / Vertragslaufzeit von 1 bis zu 30 Jahren) entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, grundsätzlich vermindert um lineare Abschreibungen (bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 1 bis zu 80 Jahren) entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410,00 € (ohne Vorsteuer) wurden grundsätzlich im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und bei Anschaffungskosten bis 60,00 € (ohne Vorsteuer) unmittelbar als Aufwand gebucht.

Für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden Festwerte i.H.v. 57.289 T€ gebildet.

Die **Finanzanlagen** wurden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Die **Ausleihungen** wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen wurden generell, soweit keine Gegenleistungsverpflichtungen bestehen, unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von grundsätzlich 5,5 % abgezinst.

Gesamtanhang

Die Bewertung der Gegenstände des **Vorratsvermögens** erfolgte zu Anschaffungs-/ Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren sind in Einzelfällen Festwerte i.H.v. 4.122 T€ gebildet worden. Für gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens wurde in Einzelfällen eine Gruppenbewertung vorgenommen und der gewogene Durchschnittswert angesetzt.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag aktiviert. Zweifelhafte Forderungen wurden mit dem wahrscheinlich eingehenden Wert angesetzt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine pauschale Wertberichtigung zwischen grundsätzlich 1 % bis 3 % auf die Netto-Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Der Ansatz der **Wertpapiere des Umlaufvermögens** erfolgte zu Anschaffungskosten beziehungsweise zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

Disagios wurden aktivisch abgegrenzt.

Die **Sonderrücklagen** werden mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

Zuwendungen und Beiträge für zweckgebundene Investitionen wurden in der Regel als Sonderposten ausgewiesen. Zugänge von **Sonderposten** im Berichtsjahr wurden mit den Nennbeträgen passiviert. Die Auflösung der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge erfolgte in der Regel nach Maßgabe der auf die Vermögensgegenstände angewandten Abschreibungssätze.

Für Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen am Ende eines Kalkulationszeitraumes, die nach dem Kommunalabgabengesetz in den folgenden vier Jahren ausgeglichen werden müssen, wurde ein **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** gebildet.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden und erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von **Rückstellungen** ausreichend Rechnung getragen.

Gesamtanhang

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden für bestehende Versorgungsansprüche und sämtliche Anwartschaften gebildet. Diese wurden grundsätzlich mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwert auf der Basis eines Rechnungszinsfußes von grundsätzlich 5 % angesetzt. Beihilfeansprüche wurden in der Regel als prozentualer Aufschlag zur Pensionsrückstellung pauschal berücksichtigt.

Rückstellungen für Deponien und Altlasten wurden mit den zu erwartenden Gesamtkosten zum Zeitpunkt der Maßnahmen angesetzt.

Sofern in der Finanzplanung einbezogen, wurde bei der Bildung von **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen** für die Nachholung ein längstmöglicher Zeitraum von fünf Jahren nach dem Abschlussstichtag berücksichtigt.

Bei den **Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden** wurde gem. § 34 Abs. 3 GemHVO teilweise eine Gruppenbewertung mit dem gewogenen Durchschnitt vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** werden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

5. Angaben zur Gesamtbilanz

Anlagevermögen

Bilanzposition	31.12.2011 in T€	31.12.2010 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.414	16.913
Sachanlagen	6.740.267	6.736.554
Finanzanlagen	3.261.700	3.174.654
Gesamt	10.019.381	9.928.121

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Gesamtbilanz erfassten Anlagegegenstände ist in ► **Anlage 1** zum Gesamtanhang dargestellt (**Gesamtanlagenspiegel**).

Die Zugänge bei den **immateriellen Vermögensgegenständen** betreffen im Wesentlichen Anschaffungen diverser Software.

Gesamtanhang

Die Zugänge bei den **Sachanlagen** von insgesamt 281.723 T€ betreffen im Wesentlichen:

Bilanzposition / Sachverhalt	Zugänge in 2011 in T€
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	
Operations- und Funktionszentrum Klinikzentrum Mitte	23.577
Feuerwache 1	3.838
Stadtbahnwagen	3.055
Grundsanierung Gewerbliche Schulen III Brügmannblock	2.607
Erweiterung Max-Wittman Schule	1.901
Hybridbusse	1.679
Kanalbau PHOENIX West	1.600
Bahnhof Dortmund-Mengede	1.401
Umbau diverser Straßen im Umfeld der Thier-Galerie	1.308
Dreifachsporthalle Goethe-Gymnasium	1.218
Umbau Straße Am Gardenkamp	1.001
Neubau Straße Gneisenaullee	1.000
Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen	
Versorgungsleitungen	26.161
Stationseinrichtungen	1.251
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	
Verwaltungsgebäude U-Gelände	13.376
Dortmunder U	4.911
Grundstück Glückaufsegenstraße (ehem. Gehörlosenschule)	2.100
Bürogebäude Königswall	1.987
Renovierung Parkhotel Seitenflügel	1.365
Innenausbau Museum am Ostwall	1.344
Ackerland	
Kurler Busch	1.524
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	
Glasfaserkabel	1.496
Wohnbauten	
Union-Carré	1.315
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	
Kanalbau Phoenixsee	10.095
Kanalbau Hohenbuschei	7.184

Gesamtanhang

Die Zugänge bei den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** betreffen im Wesentlichen die in 2011 gegründete StadtEnergie GmbH sowie eine Kapitalerhöhung an der DEW21 Windkraftbeteiligungsgesellschaft mbH zur Finanzierung der Ausgliederung der Windkraftanlagen. Darüber hinaus wurden die ecce - european centre for creative economy GmbH sowie die SHDOService GmbH gegründet.

Vom ausgewiesenen Bilanzwert der **assoziierten Unternehmen** entfallen 1.483.145 T€ auf die RWEB, 336.101 T€ auf die WGW, 62.441 T€ auf die KSBG und 25.391 T€ auf die Stw. Schwerte. Die Zugänge betreffen mit 71.941 T€ die Beteiligung an der KSBG, die in 2011 51 % der STEAG GmbH erworben hat, sowie mit 19.500 T€ eine Zuführung zur Kapitalrücklage der WGW.

Bei der Bilanzposition **Sondervermögen** werden die rechtlich unselbstständigen Stiftungen und Interessentengesamtheiten ausgewiesen. Korrespondierend hierzu wurde ein entsprechender Sonderposten gebildet.

Als **sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens** werden im Wesentlichen zehn Wertpapier-Spezialfonds i.H.v. 478.668 T€ des DSW21-Konzerns ausgewiesen, die hauptsächlich der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen dienen.

Unter den **Ausleihungen an Beteiligungen** werden RWE-Aktien i.H.v. 117.486 T€ ausgewiesen, die von DSW21 und KEB im Rahmen von Wertpapier-Leihgeschäften an die RWEB übertragen wurden. Der Zugang in 2011 betrug 7.800 T€. Hinzu kommt ein Gesellschafterdarlehn von DEW21 an das Gemeinschaftskohlekraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG mit 88.591 T€. Der Zugang in 2011 betrug 14.111 T€.

Bei den **sonstigen Ausleihungen** handelt es sich im Wesentlichen um Ausleihungen des DSV und EDG-Konzerns an Kreditinstitute. Hier werden auch Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Die **Vorräte** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011	31.12.2010
	in T€	in T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	26.164	25.451
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	54.398	49.839
Fertige Erzeugnisse und Waren (auch Grundstücke)	207.892	240.610
Geleistete Anzahlungen	206	183
Gesamt	288.660	316.083

Unter den **Waren** werden auch Grundstücke, die zur Veräußerung bestimmt sind, i.H.v. 205.966 T€ ausgewiesen. Diese betreffen mit 94.449 T€ Grundstücke der DSW21 am Phoenixsee und mit 91.918 T€ diverse Baugebiete sowie mit 10.359 T€ das U-Gelände beim SV Grund. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Verkäufen von Grundstücken am Phoenixsee.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen zum 31.12.2011 beträgt insgesamt 59.665 T€ (Kernverwaltung 41.678 T€, DSW21 7.168 T€, Klinikum 5.005 T€) und ist aktivisch bei den jeweiligen Bilanzposten abgesetzt worden.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen enthalten:

Sachverhalt	31.12.2011
	in T€
Steuererstattungsansprüche	81.895
Debitorische Kreditoren	17.449
Besicherung Derivate	12.200
Zuschussforderungen	4.743
Mehr-/Mindermengenabrechnung Erdgas	4.219
Zinsforderungen	3.749
Option auf Strombezug	2.479
Forderungen gegen nicht voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen	1.724
Schadensersatzleistungen*	1.248
Grundstücke und Gebäude mit konkreten Verkaufsabsichten	1.178
Forderungen an Betriebsangehörige	983
Forderungen an Versicherungsunternehmen	699
Kurzfristige Darlehen	325

* ohne Kernverwaltung

Gesamtanhang

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet hauptsächlich:

Sachverhalt	31.12.2011 in T€
Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsempfänger für 01/2012	14.120
Beamtenbesoldung u.ä. für 01/2012	10.354
Soziale Leistungen (Hilfen bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit, zur Gesundheit, zur Pflege und für Menschen mit Behinderungen) für 01/2012	9.772
Zuwendungen mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung	6.504
Mietvorauszahlungen	6.231
Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien für 01/2012	1.392
Disagio	388

Eigenkapital

Die Erhöhung der **allgemeinen Rücklage** resultiert im Wesentlichen aus einer Umbuchung von den Sonderrücklagen bei der Kernverwaltung.

Bei den **Sonderrücklagen** werden noch nicht zweckentsprechend eingesetzte Mittel aus den US-Lease-Transaktionen hinsichtlich Stadtbahnvermögen ausgewiesen. Die Veränderung resultiert aus der Umbuchung in die allgemeine Rücklage.

Als **Ergebnisvortrag** wird der Gesamtjahresfehlbetrag 2010 ausgewiesen.

Der **Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund** in 2011 beträgt 112.268 T€.

In dem **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** werden folgende Minderheitenanteile erfasst:

Gesellschaft	31.12.2011 in T€	31.12.2010 in T€
KEB	504.830	504.471
DEW21	276.674	288.406
DOGEWO21	7.444	7.215
MVA-E	1.585	1.354
DOKOM21	776	776
Gesamt	791.309	802.222

Gesamtanhang

Sonderposten

Es werden **Zuwendungen** und **Beiträge** als Sonderposten ausgewiesen, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen geleistet wurden und nicht frei verwendet werden dürfen. Die Auflösung der Sonderposten wurde grundsätzlich entsprechend der Abnutzung der bezuschussten Vermögensgegenstände vorgenommen. Die wesentlichen Zugänge betreffen Zuwendungen für:

Sachverhalt	31.12.2011 Zugang in T€
pauschale Fördermittel nach Krankenhausfinanzierungsgesetz	5.396
Baupauschale nach Krankenhausfinanzierungsgesetz	3.393
Stadtbahnwagen	1.949
Umbau Umfeld Thier-Galerie (diverse Straßen)	1.230
Dreifachsporthalle Goethe-Gymnasium	1.200
Betriebstechnische Ausrüstung Ost-West-Strecke	1.128
Hybridbusse	1.050

Der **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** enthält Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen, die nach dem Kommunalabgabengesetz in den folgenden vier Jahren ausgeglichen werden müssen. Diese betreffen den Gebührenaussgleich für Abfallwirtschaft (3.019 T€), Stadtentwässerung (2.826 T€) und Straßenreinigung (437 T€).

In den **Sonstigen Sonderposten** sind im Wesentlichen Baukostenzuschüsse für Hausanschlüsse (76.997 T€), erhaltene Gelder für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (9.074 T€) sowie für Stellplatzablässe (1.068 T€) enthalten. Darüber hinaus wird hier der mit den Sondervermögen der unselbstständigen Stiftungen und Interessentengesamtheiten korrespondierende Posten i.H.v. 13.968 T€ ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist in ► **Anlage 2 (Rückstellungsspiegel)** dargestellt.

Die **Pensionsrückstellungen** beinhalten Verpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften und sonstige direkte Pensionsverpflichtungen gegenüber tariflich Beschäftigten, die nicht durch entsprechende Umlagen der Zusatzversorgungskasse abgedeckt werden. Der Anstieg ist vor allem auf Zuführungen bei der Kernverwaltung infolge der Tarifierhöhungen, bedingt durch die Anpassung des Landesbesoldungs- und Versorgungsgesetztes NRW, zurück zu führen.

Ausgewiesen werden **Rückstellungen** für die Rekultivierung und Nachsorge von **Deponien** i.H.v. 198.778 T€ (Deponien Nordost, Huckrade und Grevel) und **Altlasten** i.H.v. 4.512 T€.

Instandhaltungsrückstellungen wurden im Wesentlichen für folgende Maßnahmen gebildet:

Maßnahme	31.12.2011 in T€
Gesamtmaßnahmen für Schulen	9.640
Gesamtmaßnahmen für Verwaltungsgebäude der Stadt	4.805
Zentralbibliothek	3.481
Naturkundemuseum	1.977
Dietrich-Keuning-Haus	1.439
Gesamtmaßnahmen für Kindertageseinrichtungen u.ä.	1.260
Ertüchtigung Grauguss-Leitungen	1.192

Die Verringerung der Instandhaltungsrückstellungen ist insbesondere durch Rückstellungsaufösungen für die Sanierung von Schulen begründet.

Gesamtanhang

Die **Sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich:

Sachverhalt	31.12.2011 in T€
Drohverlustrückstellungen	117.815
Altersteilzeit	83.219
Ausstehende Rechnungen	62.902
Brandschutz	44.439
Urlaub und Überstunden	28.309
Jugendhilfen	18.184
Übergang von Straßenbaulasten	16.949
Haftpflichtversicherung	15.472
Archivkosten	12.678
Preisgleitklausel Gas	12.490
Abrechnungsverpflichtungen aus Energie- und Wasserlieferungen	11.360
Jubiläumszuwendungen	7.830
Prozesskosten und -risiken	6.351
Dienstherrenwechsel/G131-Fälle	5.848
Rückzahlungsrisiken Investitionszuschüsse	4.982
Übersteigerausgleich VRR	4.051
Überzahlungen Landeszuweisung	3.579
Jahresabschlusskosten und Steuererklärungen	3.369
Erstattungen an Sozialleistungsträger	2.693
Beihilfezahlungen	1.471
Rückforderungen aus Insolvenzverfahren	1.040

Bei den **Rückstellungen für drohende Verluste** werden im Wesentlichen Risiken für bestehende Erbbaurechtsverträge, Grabpflegelegate, Verdienstsicherung, Stromabnahmeverpflichtungen sowie Kontingentverpflichtungen zur Anlieferung von Abfallmengen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Weitere Angaben zu den Verbindlichkeiten sind in ► **Anlage 3**
(**Gesamtverbindlichkeitspiegel**) dargestellt.

Gesamtanhang

Von den Verbindlichkeiten sind insgesamt 775.918 T€ durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** nahmen im Wesentlichen aufgrund der Finanzierung des Anteilserwerbs an der KSBG zu.

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung** betreffen kurzfristige Kontokorrente zur Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit. Zunahmen waren insbesondere bei der Kernverwaltung und dem SV Grund zu verzeichnen.

Die **Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**, beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Public Private Partnership – Modellen. (53.430 T€).

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind im Wesentlichen enthalten:

Sachverhalt	31.12.2011 in T€
Erhaltene Anzahlungen	103.189
Gesellschafterdarlehen	48.321
Zuwendungen für noch nicht zweckentsprechend verwendete Investitionen	33.995
Steuerverbindlichkeiten	23.177
Verbindlichkeiten ggü. Beteiligungsunternehmen	20.701
Kreditorische Debitoren	18.945
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	12.114
Verbindlichkeiten ggü. verbundene Unternehmen	7.991
Zinsverbindlichkeiten	7.470
Verbindlichkeiten aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen Erdgas	4.604
Verwahr- und Vorschusskonten	3.306
Verbindlichkeiten ggü. Sozialversicherungsträgern	2.480
Beiträge und Versicherungen	2.062
Gewerbesteuerumlage 2011; Schlusszahlung 2011	1.276
Finanzierungsbeteiligung Fonds. Dt. Einheit; Schlusszahlung 2011	1.276
Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeitern	1.159

Der **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** besteht im Wesentlichen aus:

Sachverhalt	31.12.2011 in T€
Grabnutzungsrechte	63.770
Landeszuschuss Verlustausgleich H-Bahn	3.323
Pflegekostenvorauszahlungen für 01/2012	1.082
US-Lease (Stadtbahnwagen)	1.080

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestehen folgende Verpflichtungen:

Sachverhalt	31.12.2011 in T€
Zinssicherungsgeschäfte (Nominalwert / Marktwert)	916.519 / -34.205
Miet-, Pacht-, Wartungs- und Dienstleistungsverträge	369.130
Verbrennungsverträge	153.860
Bestellobligo	89.802
Verpflichtungen aus Einlagen und Darlehnshingaben	22.400
Investitions- und Beteiligungsvertrag mit der Sparkasse Dortmund	20.000
Haftungsübernahme des Kapitaldienstes	12.000
Erschließungsverträge	8.729
Geschäftsbesorgungsverträge	1.934
PPP-Modelle	1.197
Leasingverträge	327

Bei den kostenrechnenden Einrichtungen (Gebührenhaushalte) der Kernverwaltung bestanden Kostenunterdeckungen, die auszugleichen sind, i.H.v. insgesamt 1.921 T€ (Rettungsdienst: 1.900 T€, Wochenmärkte: 21 T€).

6. Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

Die **Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben** erhöhten sich um 18.494 T€ auf 631.573 T€ und resultieren sämtlich aus Erträgen der Kernverwaltung. Dabei erhöhte sich die Gewerbesteuer um 4.431 T€ auf 295.097 T€, der Gemeindeanteil an der Einkommen- / Umsatzsteuer um 15.334 T€ auf 200.521 T€ sowie die Grundsteuer um 906 T€ auf 86.185 T€. Der Anstieg ist auf die weiterhin gute Konjunktur und somit höherem Gesamtsteueraufkommen zurückzuführen.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** verminderten sich um 10.611 T€ auf 631.179 T€. Darin enthalten sind Schlüsselzuweisungen vom Land i.H.v. 398.065 T€ bei der Kernverwaltung sowie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i.H.v. insgesamt 103.084 T€. Die Auflösung der Sonderposten verminderte sich um 12.927 T€.

Die **sonstigen Transfererträge** nahmen um 9.354 T€ auf 74.339 T€ zu. Diese resultieren ausschließlich aus Erträgen der Kernverwaltung. Die Erstattung der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhöhte sich um 7.142 T€ auf 49.274 T€. Ursächlich für die Erhöhung ist die Anhebung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft sowie die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Darüber hinaus werden hier 5.294 T€ Erstattungen für Arbeitsgelegenheiten durch das Jobcenter Dortmund und 5.201 T€ Erstattungen für Hilfen für Zuwanderer erfasst.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** erhöhten sich um 2.114 T€ auf 256.550 T€ und beinhalten Gebühren (242.142 T€), Beiträge (9.875 T€) und ähnliche Entgelte (4.533 T€).

Gesamtanhang

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** verteilen sich auf folgende Bereiche²:

	2011 in T€	2010 in T€
Versorgung	712.810	682.161
Gesundheit und Pflege	298.737	290.930
Wohnen	117.443	80.379
Verkehr	114.166	113.487
Entsorgung	63.281	56.443
Veranstaltung, Kultur und Freizeit	56.557	56.203
EDV und Kommunikation	23.794	23.713
Strukturentwicklung und Wirtschaftsförderung	18.410	18.030
Sonstige	23.414	25.640
Gesamt	1.428.612	1.346.986

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** nahmen um 81.626 T€ zu. Dabei erhöhten sich insbesondere die Erträge im Versorgungsbereich aufgrund deutlich gestiegener Stromerlöse bei den Geschäftskunden. Die Erträge im Bereich Gesundheit und Pflege verbesserten sich infolge gestiegener Fallzahlen des Klinikums. Die deutlich gestiegenen Erträge im Bereich Wohnen sind bedingt durch in 2011 erfolgte Grundstücksverkäufe am Phoenixsee. Im Bereich der Entsorgung sind die Erträge hauptsächlich durch die erweiterten Entsorgungstätigkeiten der DOGA gestiegen.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich um 10.379 T€ auf 60.396 T€ und beinhalten hauptsächlich Erträge der Kernverwaltung. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer höheren Erstattung der Kosten der für das Jobcenter Dortmund erbrachten Leistungen sowie zusätzlicher Kostenerstattungen der Verwaltungskosten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Bund aufgrund der Hartz-IV-Reformen.

Die **aktivierten Eigenleistungen** verminderten sich geringfügig um 757 T€ auf 23.648 T€.

Die **Bestandsveränderungen** nahmen um 2.681 T€ auf 1.771 T€ ab.

² Zuordnung analog Beteiligungsbericht

In den **sonstigen ordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen enthalten:

	2011 in T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	47.591
Ordnungsrechtliche Entgelte	9.424
Auflösung Baukostenzuschüsse	8.263
Verspätungszinsen nach § 233a Abgabenordnung (AO)	7.181
Schadensersatz	7.041
Säumniszuschläge auf Abgabeforderungen	5.221
Auflösung Wertberichtigungen auf Forderungen	5.078
Gewinne aus der Veräußerung von Anlagegegenständen	4.931
Gebäude-, Grundstücks-, Mieterträge	2.893
Steuerpflichtige Sachbezüge von Werksangehörigen	2.497
Mahngebühren und Verzugszinsen	1.585
Veräußerung des Geschäftsbereichs "Sportförderung" (Olympiastützpunkt Dortmund)	1.576
Korrektur Sonderposten wegen Bauabschnitt NS IX	1.529

Die Erhöhung der **sonstigen ordentlichen Erträge** um 3.761 T€ auf 166.435 T€ ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bei der Kernverwaltung und der DSW21 zurückzuführen. Ursache hierfür ist insbesondere die Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen beim Schulverwaltungsamt sowie eine Rückstellungsauflösung bei der DSW21 im Zusammenhang mit der Beilegung eines Rechtsstreites mit der Deutschen Bahn AG bezüglich der SchienenPersonenNahVerkehr-Umlage VRR.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** erhöhten sich insgesamt um 25.980 T€ auf 1.039.926 T€. Ursache dafür waren insbesondere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte bei der Kernverwaltung infolge der im März 2011 vom Landtag beschlossenen Besoldungserhöhungen zum 01.04.2011 und 01.01.2012, die bereits in 2011 für beide Jahre zu berücksichtigen waren.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhten sich um 120.598 T€ auf 1.096.792 T€. Bei der Kernverwaltung waren höhere Aufwendungen durch die Umsetzung des Gesetzes zum Bildungs- und Teilhabepaktes zu verzeichnen, denen höhere Erträge aus Zuweisungen und Kostenerstattungen gegenüberstanden. Darüber hinaus stehen die höheren

Gesamtanhang

Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der privatrechtlichen Leistungsentgelte. Darunter fallen gestiegene Grundstücksaufwendungen für Grundstücksverkäufe sowie vermehrte Fremdleistungen im Verkehrsbereich bei DSW21, höhere Aufwendungen für Energiebezug bei DEW21, der Anstieg des medizinischen Bedarfs beim Klinikum sowie des Materialverbrauchs bei der DOGA. Außerdem werden hier 141.229 T€ Instandhaltungsaufwendungen und 139.361 T€ Bewirtschaftungsaufwendungen für eigene und gemietete bewegliche und unbewegliche Vermögensgegenstände ausgewiesen.

In den **bilanziellen Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i.H.v. 8.928 T€ enthalten. Diese betreffen im Wesentlichen Festwerte des Infrastrukturvermögens der Kernverwaltung. Von den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen entfallen auf die Beteiligungsbuchwerte der MHB 1.017 T€, der HUI 459 T€ sowie der Revierpark Wischlingen GmbH 131 T€. Hinzu kommen 1.260 T€ außerplanmäßige Abschreibungen auf eine Ausleihung an die strasserauf GmbH. Das Umlaufvermögen wurde insgesamt i.H.v. 19.414 T€ abgeschrieben. Hiervon entfallen im Wesentlichen auf die Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände 14.036 T€ sowie Abschreibungen auf Vorräte 5.378 T€.

Die **Transferaufwendungen** erhöhten sich um 35.836 T€ auf 674.521 T€ und bestehen größtenteils bei der Kernverwaltung. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende um 2.409 T€ auf 192.240 T€, die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe um 2.207 T€ auf 135.312 T€, die Aufwendungen für erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien um 26.421 T€ auf 114.434 T€, die Aufwendungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 3.369 T€ auf 53.050 T€, die Aufwendungen für Hilfen zur Pflege (ambulant und stationär) um 2.827 T€ auf 52.508 T€ und die Hilfen zur Gesundheit um 1.669 T€ auf 14.724 T€.

Gesamtanhang

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** bestehen hauptsächlich aus:

	2011 in T€
Mieten und Pachten	23.704
EDV-Kosten	17.781
Steueraufwendungen	17.434
Rechts-, Beratungs- und Jahresabschlusskosten	11.918
Zuführungen zu den Rückstellungen*	11.748
diverse Verwaltungskosten	10.577
Fördermittel nach Krankenhausgestaltungsgesetz	8.304
Versicherungsbeiträge	6.660
Zinsaufwendungen für Gewerbesteuer nach § 233a AO	6.279
Zuführung Sonderposten Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung, Straßenreinigung	5.893
Personalkostenerstattungen	5.695
Sonstige Personalaufwendungen	5.659
Beiträge Unfallkasse	5.136
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4.880
Aufwand aus Pauschalwertberichtigung	2.220

* ohne Kernverwaltung

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** verminderten sich um 23.533 T€ auf 254.239 T€. Im Vorjahr wurden hier bezogene Leistungen des Klinikums i.H.v. 16.225 T€ von der ServiceDO GmbH ausgewiesen. Diese werden in 2011 bei den Sach- und Dienstleistungen erfasst. Darüber hinaus war das Vorjahr durch Einmaleffekte bei DEW21 und dem SV Grund belastet.

Das **Finanzergebnis** weist folgende Zusammensetzung auf:

	2011 in T€	2010 in T€
Finanzerträge (gesamt)	47.166	55.694
Zinsen und ähnliche Erträge	22.724	33.114
Beteiligungserträge	19.720	18.653
Übrige Finanzerträge	4.472	3.291
Erträge aus Gewinnabführungen / Verlustübernahmen	250	636
Erträge aus assoziierten Unternehmen	126.635	139.170
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (gesamt)	-131.053	-130.817
Andere Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-125.014	-123.041
Aufwendungen aus Gewinnabführungen / Verlustübernahmen	-6.039	-7.776
Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	-500	0
Finanzergebnis Gesamt	42.248	64.047

Das **Finanzergebnis** verminderte sich um 21.799 T€ insbesondere wegen geringerer Wertpapiererträge bei DEW21 und Erträgen aus assoziierten Unternehmen. Unter der letztgenannten Position werden die im Konzern nach der Equity-Methode ermittelten Anteile an den Jahresüberschüssen 2011 der RWEB mit 106.057 T€ (im Vorjahr: 111.286 T€), der WGW mit 20.477 T€ (im Vorjahr: 27.389 T€) und der Stw. Schwerte mit 101 T€ (im Vorjahr: 495 T€) ausgewiesen. Die Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen betreffen erstmals die KSBG.

Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis

Das **anderen Gesellschaftern zuzurechnende Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2011 in T€	2010 in T€
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn bei:	52.871	50.303
KEB	39.611	36.146
DEW21	9.028	9.904
MVA-E	3.953	3.971
DOGEWO21	228	200
DOKOM21	51	82
Anderen Gesellschaftern zustehender Verlust bei:	-118	0
DEW21	-118	0

7. Sonstige Angaben

Anzahl der Beschäftigten

Die Beschäftigtenanzahl setzt sich folgendermaßen zusammen:

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2011	2010
nach Köpfen	19.090	19.040
Mitglieder des Vorstands, der Geschäftsführung und der Betriebsleitung	57	55
Auszubildende	708	662

*Vorjahreszahlen nach Angaben der voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen/Sondervermögen angepasst

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nach dem Abschlussstichtag sind nicht eingetreten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Schuldens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage zwischen dem abweichenden Geschäftsjahr des Theaters und des Konzerthauses (31.07.) und dem Gesamtabchlussstichtag sind nicht eingetreten.

8. Erweiterung des Gesamtanhangs

Die **Kapitalflussrechnung 2011** (nach Deutschem Rechnungslegungsstandard Nr. 2) stellt sich wie folgt dar:

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	in T€
1. Gesamtergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit (Gesamtjahresergebnis vor außerordentlichen Posten)	-59.515
2. Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	293.938
3. Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	37.098
4. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-156.113
5. Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	387
6. Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	83.810
7. Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-17.067
8. Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	182.538

Cashflow aus laufender Investitionstätigkeit	in T€
9. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	24.057
10. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-260.173
11. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	-70
12. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.040
13. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	77.546
14. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-233.008
15. Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie Sonstigen Sonderposten	49.928
16. Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	3.817
17. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	-2.563
18. Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit	-344.506

Gesamtanhang

Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	in T€
19. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-61.994
20. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	12.779.604
21. Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-12.574.703
22. Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit	142.907
23. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-19.061
24. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	25
25. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	183.713
26. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	164.677

Der Finanzmittelfonds besteht aus der Summe der liquiden Mittel (164.677 T€) der Konzernorganisationen. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit (142.907 T€) und der laufenden Geschäftstätigkeit (182.538 T€) von insgesamt 325.445 T€ konnte den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 344.506 T€ um 19.061 T€ nicht decken. Verbessernd hinzu kommt eine Veränderung des Finanzmittelfonds um 25 T€ durch den Zugang der DOWERT zum Konsolidierungskreis. Der Finanzmittelfonds verringerte sich demzufolge um 19.036 T€.

Gesamtanlagenspiegel

Gesamtanlagenspiegel der Stadt Dortmund 2011									
Art des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand 31.12.2010	Zugänge 2011	Abgänge 2011	Umbuchungen 2011	Abschreibungen 2011	Zuschreibungen 2011	Kumulierte Abschreibungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12.2011	am 31.12.2010
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		+	-	+/-	-	+	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	68.517.452,76	4.728.664,82	-2.728.864,95	455.422,36	-4.618.942,56	0,00	-53.559.138,76	17.413.536,23	16.913.543,66
2. Sachanlagen	9.923.089.441,75	281.723.319,49	-72.107.318,74	30.227.900,66	-283.714.021,92	0,00	-3.422.666.380,19	6.740.266.962,97	6.736.553.539,33
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	793.990.848,04	7.561.123,18	-4.685.654,58	1.992.729,39	-5.892.733,93		-87.484.122,77	711.374.923,26	711.065.692,09
2.1.1 Grünflächen	440.034.097,11	1.833.933,13	-1.937.859,29	5.620.150,65	-5.784.484,84		-86.961.487,80	358.588.833,80	357.404.095,82
2.1.2 Ackerland	39.907.637,18	2.099.876,06	-292.363,83	961.826,86			-55.064,39	42.621.911,88	39.907.582,30
2.1.3 Wald, Forsten	13.101.308,91	1.099.489,23	-18.094,17	512.964,48	-10.855,85		-43.240,22	14.652.428,23	13.069.111,97
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	300.947.804,84	2.527.824,76	-2.437.337,29	-5.102.212,60	-97.393,24		-424.330,36	295.511.749,35	300.684.902,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.249.713.696,72	56.552.732,19	-7.669.464,99	131.642.345,08	-85.044.297,50		-1.028.276.038,99	2.401.963.270,01	2.301.797.034,04
2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	97.332.035,46	719.834,51	-1.807.124,23	577.297,51	-2.508.489,01		-13.873.751,83	82.948.291,42	85.552.894,75
2.2.2 Schulen	893.472.691,99	1.410.378,26	-179.236,14	14.563.676,05	-26.659.790,32		-152.112.656,74	757.154.853,42	768.003.742,25
2.2.3 Wohnbauten	776.256.404,12	18.075.951,53	-225.312,76	1.526.158,19	-13.683.845,43		-310.256.402,82	485.376.798,26	479.572.392,66
2.2.4 Krankenhäuser	198.401.022,03	2.818.240,91	-2.595.597,65	500.395,38	-4.642.500,16		-99.565.344,70	99.558.715,97	100.896.158,23
2.2.5 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	1.284.251.543,12	33.528.326,98	-2.862.194,21	114.474.817,95	-37.549.672,58		-452.467.882,90	976.924.610,94	867.771.846,15
2.3 Infrastrukturvermögen	4.600.920.311,35	72.185.248,40	-15.320.259,41	42.270.389,76	-133.283.526,62		-1.630.785.033,04	3.069.270.657,06	3.091.962.161,94
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	541.941.342,18	2.254.326,59	-1.157.707,32	3.492.865,40	-1.107.537,61		-17.590.892,93	528.939.933,92	525.073.192,82
2.3.2 Brücken und Tunnel	367.908.812,12	351.968,78		2.075.367,66	-6.227.814,28		-109.232.190,53	261.103.958,03	264.904.435,87
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	559.711.206,18	2.403.818,17	-632.926,94	4.836.744,98	-24.354.559,30		-151.440.128,77	414.878.713,62	432.266.951,22
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	920.671.390,19	22.462.645,26	-652.293,10	1.419.762,40	-18.884.274,66		-110.938.125,04	832.963.379,71	828.539.783,79
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	340.355.315,67	9.539.370,27	-297.409,72	29.282.885,85	-17.750.320,20		-97.875.039,63	281.005.122,44	260.117.250,69
2.3.6 Stromversorgungsanlagen	910.949.164,73	11.000.957,34	-10.664.489,46	1.193.317,18	-37.014.544,72		-453.297.129,73	459.181.820,06	486.040.161,54
2.3.7 Gasversorgungsanlagen	276.272.832,84	7.959.056,27	-337.534,31	925.130,36	-5.554.514,37		-223.604.788,40	61.214.696,76	57.885.024,50
2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	231.404.770,13	12.417.024,75	-437.160,37	1.081.698,67	-5.638.584,72		-171.720.034,76	72.746.298,42	64.886.159,72
2.3.9 Abfallentsorgungsanlagen	89.048.210,46				-4.591.114,00		-63.590.975,46	25.457.235,00	30.048.349,00
2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	362.657.266,85	3.796.080,97	-1.140.738,19	-2.037.382,74	-12.160.262,76		-231.495.727,79	131.779.499,10	142.200.852,79
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	844.221,29	17.294,53		112.161,55	-53.442,97		-187.267,22	786.410,15	710.397,04
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	23.262.735,64	497.262,06	-11.117,16		-459,34		-6.918.845,54	16.830.035,00	16.340.235,72
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	515.024.334,22	17.759.227,75	-20.569.057,94	23.750.068,09	-32.160.664,09		-352.698.996,38	183.265.575,74	181.524.460,26
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	408.298.576,50	21.330.715,25	-18.309.397,68	8.811.855,57	-27.267.422,43		-314.532.710,37	105.599.039,27	104.130.598,74
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	331.034.717,99	105.819.716,13	-5.542.366,98	-178.351.648,78	-11.475,04		-1.783.365,88	251.177.052,48	329.022.959,50
3. Finanzanlagen	3.185.207.978,51	188.616.725,22	-98.661.601,73	-25.000,00	-2.953.953,18	0,00	-13.437.743,25	3.261.700.358,75	3.174.653.668,01
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	33.682.477,22	2.456.869,63		-25.000,00	-1.017.000,00		-8.744.487,85	27.369.859,00	25.954.989,37
3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	1.841.555.944,25	91.441.052,84	-25.918.824,41	360,00				1.907.078.532,68	1.841.555.944,25
3.3 Beteiligungen	209.507.890,22	204.242,25	-51.397,32	-512.060,00	-614.258,21		-2.691.567,20	206.457.107,95	207.379.453,04
3.4 Sondervermögen	13.772.991,70	196.101,78	-994,00					13.968.099,48	13.772.991,70
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	670.663.949,68	5.857.002,38	-5.003.250,00					671.517.702,06	670.658.449,68
3.6 Ausleihungen	416.024.725,44	88.461.456,34	-67.687.136,00	511.700,00	-1.322.694,97		-2.001.688,20	435.309.057,58	415.331.839,97
3.6.1 an verbundene Unternehmen	5.452.988,48							5.452.988,48	5.452.988,48
3.6.2 an Beteiligungen	185.793.290,99	22.541.111,12	-997.905,70	511.700,00	-1.260.000,00		-1.260.000,00	206.588.196,41	185.793.290,99
3.6.3 Sonstige Ausleihungen	224.778.445,97	65.920.345,22	-66.689.230,30		-62.694,97		-741.688,20	223.267.872,69	224.085.560,50
Summe des Anlagevermögens	13.176.814.873,02	475.068.709,53	-173.497.785,42	30.658.323,02	-291.286.917,66	0,00	-3.489.663.262,20	10.019.380.857,95	9.928.120.751,00

Gesamtrückstellungsspiegel

Gesamtrückstellungsspiegel der Stadt Dortmund 2011

Art der Rückstellungen	Veränderungen im Haushaltsjahr				Gesamtbetrag am 31.12.2011 EUR
	Gesamtbetrag am 31.12.2010 EUR	Zuführung EUR	Inanspruchnahme EUR	Auflösung EUR	
1. Pensionsrückstellungen	1.627.984.196,01	137.838.418,32	-78.244.255,34	-1.960.688,70	1.685.617.670,29
2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	205.069.619,56	6.556.003,41	-3.630.951,69	-4.704.448,30	203.290.222,98
3. Instandhaltungsrückstellungen	43.006.485,68	8.307.682,45	-7.015.412,11	-14.328.058,98	29.970.697,04
4. Steuerrückstellungen	18.700.715,37	9.211.359,32	-1.165.141,16	-286.581,26	26.460.352,27
5. Sonstige Rückstellungen	501.755.445,00	152.248.999,36	-142.579.448,11	-27.613.319,60	483.811.676,65
Summe der Rückstellungen	2.396.516.461,62	314.162.462,86	-232.635.208,41	-48.893.096,84	2.429.150.619,23

Gesamtverbindlichkeitspiegel

Gesamtverbindlichkeitspiegel der Stadt Dortmund 2011

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2011 EUR	mit einer Restlaufzeit von		
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahren EUR	mehr als 5 Jahren EUR
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.419.026.486,62	261.373.347,79	1.148.137.892,40	1.009.515.246,43
2. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.323.635.599,87	1.107.635.599,87	216.000.000,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	53.637.270,73	2.568.560,90	10.811.735,47	40.256.974,36
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79.236.478,84	78.604.995,36	631.483,48	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	334.598.753,07	283.804.588,36	49.654.140,86	1.140.023,85
Summe der Verbindlichkeiten	4.210.134.589,13	1.733.987.092,28	1.425.235.252,21	1.050.912.244,64
<u>Nachrichtlich anzugeben:</u>				
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten	66.418.021,28			
davon: Bürgschaften	41.702.641,28			
davon: Patronatserklärungen	24.715.380,00			

Gesamtlagebericht

der Stadt Dortmund

2011

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	- 1 -
2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Gesamtlage	- 1 -
<i>a) Ertragsgesamtlage</i>	- 3 -
<i>b) Vermögens- und Schuldengesamtlage</i>	- 8 -
3. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken	- 10 -
4. Kennzahlen zur Gesamtlage	- 21 -
5. Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder	- 23 -

Gesamtlagebericht

1. Einleitung

Im vorliegenden Gesamtabchluss wurden die Kernverwaltung, neun städtische Sondervermögen, siebzehn voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen sowie vier assoziierte Unternehmen einbezogen.

Während der Einzelabschluss der Gemeinde dem Nachweis über die Einhaltung des Haushaltsplans und die Herstellung des Haushaltsausgleichs dient, hat der Gesamtabchluss im Wesentlichen Informationsfunktion. Er legt Rechenschaft ab über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche.

Dem Prinzip des handelsrechtlichen Konzernabschlusses folgend hat der Gesamtabchluss die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde und ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche so darzustellen, als ob es sich um eine wirtschaftliche Einheit handeln würde. Zu diesem Zweck sind alle internen Beziehungen zwischen der Kernverwaltung und den einbezogenen Konzernorganisationen zu eliminieren.

Für nähere Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Dortmund wird auf den Beteiligungsbericht verwiesen.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Gesamtlage

Die Stadt Dortmund steht wie viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren unter erhöhtem Sparzwang. Dieser Konsolidierungsdruck hat mittlerweile auch die städtischen Beteiligungen erreicht, so dass auch diese zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Die Stadt Dortmund ist die einzige Großstadt im Ruhrgebiet, die sich nicht in der Haushaltssicherung befindet.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns Stadt Dortmund umfasste im Haushaltjahr 2011 neben den Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auch eine Vielzahl von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, wie z.B. den öffentlichen Personennahverkehr, die Gas- und Wasserversorgung der Dortmunder Bevölkerung, die Durchführung von Messen, den Betrieb

Gesamtlagebericht

von Sportstätten, Theatern und Museen, die Wohnraumbewirtschaftung und Telekommunikationsdienstleistungen.

Die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wurden im Haushaltsjahr 2011 neben der Kernverwaltung selbst im Wesentlichen durch neun städtische Sondervermögen sowie folgende Tochtergesellschaften wahrgenommen:

- DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH (DOGA)
- DOGEWO Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (DOGEWO21)
- DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH (DOKOM21)
- Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)
- Dortmunder Energie- und Wasserversorgung-Netz GmbH (DEW21-Netz)
- Dortmunder Hafen AG (Hafen)
- Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21)
- DOWERT Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH (DOWERT)
- EDG Entsorgung Dortmund GmbH (EDG)
- EDG Holding GmbH (EDG Holding)
- Flughafen Dortmund GmbH (Flughafen)
- KEB Holding AG (KEB)
- Klinikum Dortmund gGmbH (Klinikum)
- Konzerthaus Dortmund GmbH (Konzerthaus)
- MVA Hamm-Eigentümer GmbH (MVA-E)
- Städt. Seniorenheime Dortmund gGmbH (Seniorenheime)
- Westfalenhallen Dortmund GmbH (Westfalenhallen).

Im Rahmen des Prüfverfahrens des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Dortmund wurde eine Feststellung im Bereich des Transferaufwands getroffen. Der Jahresabschluss 2011 der Stadt Dortmund wurde bei den Transferaufwendungen als auch korrespondierend bei den sonstigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geändert. In der Folge wurde der in die Ratssitzung am 27.09.2012 (Drucksache Nr. 07627-12) eingebrachte Entwurf des Gesamtabschlusses 2011 im Rahmen dessen Prüfverfahrens analog angepasst.

Gesamtlagebericht

a) Ertragsgesamtlage

Den nachfolgenden Ausführungen über die Ertragslage sowie deren Veränderung liegt die Gesamtergebnisrechnung des Berichtsjahres sowie des Vorjahres zugrunde.

Ergebnisstruktur	2011		2010		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Steuern und ähnliche Abgaben	631.573	19,3	613.079	19,4	18.494	3,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	631.179	19,3	641.790	20,3	-10.611	-1,7
Sonstige Transfererträge	74.339	2,3	64.984	2,1	9.355	14,4
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	256.550	7,8	254.437	8,0	2.113	0,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.428.612	43,6	1.346.986	42,6	81.626	6,1
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60.396	1,8	50.016	1,6	10.380	20,8
Sonstige ordentliche Erträge	166.434	5,1	162.673	5,1	3.761	2,3
Aktivierteneigenleistungen/Bestandsveränderungen	25.419	0,8	28.857	0,9	-3.438	-11,9
Ordentliche Gesamterträge	3.274.502	100,0	3.162.822	100,0	111.680	3,5
Personalaufwendungen	-920.852	-28,1	-930.839	-29,4	9.987	1,1
Versorgungsaufwendungen	-119.074	-3,6	-83.106	-2,6	-35.968	-43,3
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.096.792	-33,5	-976.194	-30,9	-120.598	-12,4
Bilanzielle Abschreibungen	-310.787	-9,5	-320.051	-10,1	9.264	2,9
Transferaufwendungen	-674.521	-20,6	-638.685	-20,2	-35.836	-5,6
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-254.239	-7,8	-277.772	-8,8	23.533	8,5
Ordentliche Gesamtaufwendungen	-3.376.265	-103,1	-3.226.647	-102,0	-149.618	-4,6
Ordentliches Gesamtergebnis	-101.763	-3,1	-63.825	-2,0	-37.938	-59,4
Gesamtfinanzergebnis	42.248	1,3	64.047	2,0	-21.799	-34,0
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit/						
Gesamtjahresfehlbetrag	-59.515	-1,8	222	0,0	-59.737	
Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-52.753	-1,6	-50.303	-1,6	-2.450	-4,9
Gesamtjahresfehlbetrag der Stadt Dortmund	-112.268	-3,4	-50.081	-1,6	-62.187	-124,2

Der auf die Stadt Dortmund entfallende Gesamtjahresfehlbetrag beträgt für 2011 - 112.268 T€ und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um -62.187 T€ verschlechtert.

Ursache dafür ist das um 37.938 T€ niedrigere ordentliche Gesamtergebnis, da die höheren Gesamtaufwendungen (- 149.618 T€) nicht durch höhere Gesamterträge (+ 111.680 T€) kompensiert werden konnten, sowie das um 21.799 T€ geringere Gesamtfinanzergebnis. Da die Stadt Dortmund nicht an allen Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises zu 100 % beteiligt ist, sind den Minderheitsgesellschaftern 52.753 T€ von den Jahresergebnissen zuzurechnen.

Die Ertragslage im Konzern Stadt Dortmund ist, wie schon im Kernhaushalt, stark defizitär.

Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** erhöhten sich insbesondere gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Gesamtlagebericht

Die Verminderung der **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ist vor allem auf geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei der Kernverwaltung zurückzuführen.

Die **sonstigen Transfererträge** nahmen infolge höherer Erstattungen für die Grundsicherung von Arbeitssuchenden zu.

Der starke Anstieg der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** ist vornehmlich in höheren Erlösen der DSW21 aus Grundstücksverkäufen am Phoenixsee und der DEW21 infolge von Absatzsteigerungen im Strombereich begründet. Zusätzliche Verbesserungen ergaben sich aus der Zunahme von Entsorgungstätigkeiten der DOGA sowie erhöhter Erlöse des Klinikums infolge gestiegener Fallzahlen.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** erhöhten sich infolge gestiegener Erstattungen des Bundes für Personal- und Sachaufwendungen des JobCenters Dortmund sowie für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Förderung bedürftiger Kinder aus Geringverdienerfamilien.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** verbesserten sich aufgrund höherer Rückstellungsaufösungen bei der Kernverwaltung und DSW21.

Die trotz einer Tarifierhöhung geringeren **Personalaufwendungen** sind u.a. auf einen rückläufigen Versorgungsanteil der Pensionsrückstellungen bei DSW21 und DEW21 zurückzuführen.

Der starke Anstieg der **Versorgungsaufwendungen** ist vornehmlich in Zuführungen zu Pensionsrückstellungen bei der Kernverwaltung infolge der Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes NRW zum 01.04.2011 begründet. Danach erhöhten sich die Vergütungen zum 01.04.2011 bzw. zum 01.01.2012.

Die höheren **Sach- und Dienstleistungsaufwendungen** stehen im Wesentlichen mit dem Anstieg der privatrechtlichen Leistungsentgelte im Zusammenhang. Demzufolge stiegen die Grundstücksaufwendungen für Grundstücksverkäufe und die Inanspruchnahme von Fremdleistungen im Verkehrsbereich bei DSW21, der Energiebezug bei DEW21, der medizinische Bedarf beim Klinikum sowie der Materialverbrauch bei der DOGA.

Gesamtlagebericht

Die Zunahme bei den **Transferaufwendungen** ist wesentlich durch höhere Sozialtransferaufwendungen bei der Kernverwaltung gekennzeichnet. Weitere Belastungen ergaben sich aus gestiegenen Umlagen für Gemeindeverbände.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** waren im Vorjahr durch Einmaleffekte beim SV Grund und DEW21 belastet.

Das Finanzergebnis verminderte sich trotz nahezu konstanter **Finanzaufwendungen** im Wesentlichen wegen geringerer **Finanzerträge** bei DEW21 und geringerer **Erträge aus assoziierten Unternehmen**.

Wesentlichen Einfluss auf das Gesamtergebnis hatten dabei die folgenden Entwicklungen:

Das Ergebnis der **Kernverwaltung** (- 134.919 T€) verschlechterte sich trotz gestiegener Steuereinnahmen, Transfererträge und Kostenerstattungen insbesondere infolge der durch die Besoldungserhöhung erforderlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus waren höhere Transferaufwendungen für Hilfen zur Erziehung beim Jugendamt sowie für Kosten der Unterkunft und Hilfen zur Pflege beim Sozialamt zu verzeichnen. Das Vorjahr war außerdem durch Grundstücksveräußerungen und höhere Auflösungen von Sonderposten begünstigt.

Das Ergebnis der **DSW21** (21.040 T€) ist durch Einmaleffekte (u.a. Rückstellungsaufhebungen) geprägt. Der deutliche Anstieg der Umsatzerlöse ist fast ausschließlich auf die Vermarktung von Grundstücken am Phoenixsee zurückzuführen. Die Erlöse aus dem Fahrbetrieb blieben trotz einer Tarifierhöhung zum 01.01.2011 annähernd konstant bei leicht geringeren Fahrgastzahlen. Die Finanzerträge erhöhten sich aufgrund der erstmaligen Ausschüttung der KSBG. Die Finanzaufwendungen nahmen aufgrund von Darlehnsaufnahmen für den Anteilserwerb an der KSBG zu.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der **DEW21** betrug 71.574 T€. Trotz deutlich gestiegener Stromerlöse lag es aufgrund des rückläufigen Beteiligungs- und Finanzergebnisses unter dem Vorjahresniveau. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages war DSW21 mit 39.999 T€ am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt.

Gesamtlagebericht

Das Ergebnis des **Flughafens** (-19.493 T€) vor Verlustausgleich durch die DSW21 verschlechterte sich trotz eines Anstiegs der Passagierzahlen infolge eines leichten Umsatzrückganges.

Das Ergebnis des **Hafens** (1.448 T€) vor Gewinnabführung an DSW21 verbesserte sich aufgrund des gestiegenen Güterumschlags sowie des verbesserten Finanzergebnisses.

Höhere Erlöse verbesserten das Ergebnis der **DOGEWO21** (2.423 T€) bei nur geringfügiger Veränderung des Wohnungsbestandes und annähernder Vollvermietung.

Das Ergebnis der **DOKOM21** (3.644 T€) vor Gewinnabführung an die DSW21 und der Garantiedividende an andere Gesellschafter war im Vorjahr durch Rückstellungsaufösungen begünstigt. Neben den klassischen Telekommunikationsleistungen werden auch Rechenzentrumsflächen erfolgreich vermarktet.

Aufgrund der Ausgliederung des operativen Bereiches auf die EDG ist das Ergebnis der **EDG Holding** (8.947 T€) geprägt durch die Beteiligungserträge der im Entsorgungsbereich tätigen Tochtergesellschaften. Der Umsatz im Teilkonzern konnte insbesondere aufgrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der **DOGA** gesteigert werden. Das Ergebnis der im kommunalen Pflichtgeschäft tätigen **EDG** betrug 966 T€ vor Gewinnabführung an die EDG Holding. Die Einführung der kombinierten Wertstofftonne wurde in 2011 mit der Neugründung der **DOWERT** als 100%ige Tochter der Stadt Dortmund erfolgreich umgesetzt.

Infolge geringerer Personalaufwendungen aufgrund der Übertragung des Olympiastützpunktes Dortmund auf die Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund verbesserte sich das Ergebnis der **Westfalenhallen** (-205 T€).

Das Ergebnis des **Klinikums** (1.150 T€) verbesserte sich infolge höherer Patientenzahlen bei gleichzeitig geringerer Verweildauer der Patienten.

Das Ergebnis des **Konzerthauses** (-4.796 T€) war nahezu unverändert. Der Rückgang der Erlöse infolge niedrigerer Kartenpreise sowie der Anstieg veranstaltungsbezogener Aufwendungen konnten durch erhöhte Sponsoringeinnahmen und geringere Zinsaufwendungen kompensiert werden.

Gesamtlagebericht

Aufgrund gestiegener Mieteinnahmen für das Dortmunder U verbesserte sich das Ergebnis des **SV Grund** (-5.572 T€).

Das Ergebnis des **SVTZ** (243 T€) war im Vorjahr durch Grundstücksveräußerungen begünstigt.

Aufgrund der dauerhaft defizitären Tätigkeit waren die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen **Theater, Kulturbetriebe** sowie **Sport- und Freizeitbetriebe** auch in 2011 auf städtische Betriebskostenzuschüsse angewiesen. Da die Betriebskostenzuschüsse die Aufwendungen nicht in voller Höhe kompensierten, ergaben sich zusätzlich Jahresfehlbeträge von insgesamt -742 T€.

Gesamtlagebericht

b) Vermögens- und Schuldengesamtlage

Den nachfolgenden Ausführungen über die Vermögens- und Schuldenlage sowie deren Veränderung liegt die Gesamtbilanz des Berichtsjahres sowie des Vorjahres zugrunde.

Vermögensstruktur	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Anlagevermögen	10.019.381	91,1	9.928.121	90,3	91.260	0,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.414	0,2	16.914	0,2	500	3,0
Sachanlagen	6.740.267	61,3	6.736.553	61,2	3.714	0,1
Unbebaute u. bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte, Bauten auf fremden Boden	3.114.124	28,3	3.013.573	27,4	100.551	3,3
Infrastrukturvermögen	3.069.271	27,9	3.091.962	28,1	-22.691	-0,7
Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge	183.266	1,7	181.524	1,7	1.742	1,0
Betriebs- u. Geschäftsausstattung, Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	122.429	1,1	120.471	1,0	1.958	1,6
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	251.177	2,3	329.023	3,0	-77.846	-23,7
Finanzanlagen	3.261.700	29,6	3.174.654	28,9	87.046	2,7
Anteile an verbundenen Unternehmen	27.370	0,2	25.955	0,2	1.415	5,5
Anteile an assoziierten Unternehmen	1.907.078	17,3	1.841.556	16,8	65.522	3,6
Beteiligungen	206.457	1,9	207.380	1,9	-923	-0,4
Sondervermögen	13.968	0,1	13.773	0,1	195	1,4
Wertpapiere des Anlagevermögens	671.518	6,1	670.658	6,1	860	0,1
Ausleihungen	435.309	4,0	415.332	3,8	19.977	4,8
Umlaufvermögen	931.552	8,4	1.005.726	9,2	-74.174	-7,4
Vorräte	288.660	2,6	316.083	2,9	-27.423	-8,7
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	452.608	4,1	480.588	4,4	-27.980	-5,8
Wertpapiere des Umlaufvermögens	25.607	0,2	25.342	0,2	265	1,0
Liquide Mittel	164.677	1,5	183.713	1,7	-19.036	-10,4
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	53.767	0,5	53.924	0,5	-157	-0,3
Gesamtbilanzsumme	11.004.700	100,0	10.987.771	100,0	16.929	0,2

Kapitalstruktur	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Eigenkapital	2.784.757	25,3	2.905.419	26,4	-120.662	-4,2
Sonderposten	1.506.483	13,7	1.557.130	14,2	-50.647	-3,3
Rückstellungen	2.429.151	22,1	2.396.516	21,8	32.635	1,4
Pensionsrückstellungen	1.685.618	15,3	1.627.984	14,8	57.634	3,5
Übrige Rückstellungen	743.533	6,8	768.532	7,0	-24.999	-3,3
Verbindlichkeiten	4.210.135	38,2	4.052.847	36,9	157.288	3,9
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.419.026	22,0	2.400.000	21,8	19.026	0,8
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.323.636	12,0	1.207.280	11,0	116.356	9,6
Übrige Verbindlichkeiten	467.473	4,2	445.567	4,1	21.906	4,9
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	74.174	0,7	75.859	0,7	-1.685	-2,2
Gesamtbilanzsumme	11.004.700	100,0	10.987.771	100,0	16.929	0,2

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 16.929 T€ auf 11.004.700 T€. Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) beträgt 25,3 % und verringerte sich aufgrund des Gesamtjahresfehlbetrages von 112.268 T€ sowie des geringeren Ausgleichspostens für die Anteile anderer Gesellschafter (791.309 T€). Der Einzelabschluss der Stadt Dortmund weist zum 31.12.2011 eine Bilanzsumme von 6.645.814 T€ sowie eine Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) von 27,0 % aus.

Der Anstieg der Aktiva resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung des **Anlagevermögens** (+ 91.260 T€), das mit 91,1 % dem größten Anteil der Bilanzsumme entspricht. Dabei erhöhten sich insbesondere die Finanzanlagen (+ 87.046 T€) aufgrund der

Gesamtlagebericht

Beteiligungszugänge an den assoziierten Unternehmen KSBG und WGW sowie einer weiteren Ausleihung an die Gemeinschaftskohlekraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GEKKO). Das Sachanlagevermögen (+ 3.714 T€) erhöhte sich nur unwesentlich. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Erhöhung des Bestandes an bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie der korrespondierenden Verringerung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau.

Die Abnahme des **Umlaufvermögens** (- 74.174 T€) ist auf die Verringerung der Vorräte aufgrund der Grundstücksverkäufe am Phoenixsee zurückzuführen. Darüber hinaus verminderten sich die sonstigen Vermögensgegenstände aufgrund von konzerninternen Umgliederungen in das Sachanlagevermögen. Der Rückgang der liquiden Mittel ist in der Kapitalflussrechnung dargestellt.

Die Veränderungen der Passiva ergeben sich insbesondere aufgrund der verlustbedingten Abnahme des **Eigenkapitals** sowie der Auflösung von **Sonderposten** und **übrigen Rückstellungen**. Dagegen erhöhten sich die **Pensionsrückstellungen** vor allem infolge der erforderlichen Zuführungen aufgrund von Besoldungserhöhungen bei der Kernverwaltung. Die Verbindlichkeiten aus **Krediten für Investitionen** erhöhten sich im Zusammenhang mit der Finanzierung der Zugänge bei den Finanzanlagen. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit war die weitere Aufnahme von **Liquiditätskrediten** insbesondere bei der Kernverwaltung und dem SV Grund erforderlich. Demzufolge erhöhte sich die Fremdkapitalquote auf 60,3 %.

Gesamtlagebericht

3. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

Die Risiken des Konzerns Stadt Dortmund ergeben sich aus der eigenen Verwaltungstätigkeit sowie aus den Geschäftstätigkeiten der Konzernorganisationen. Bei der Kernverwaltung und den Konzernorganisationen bestehen Risikomanagementsysteme, die die systematische Erfassung, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken gewährleisten. Durch das Risikomanagementsystem werden Vorstände, Aufsichtsräte und die Ratsmitglieder der Stadt Dortmund regelmäßig über die aktuelle Risikolage informiert.

Im Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Konzerns Stadt Dortmund gefährdenden Risiken. Insgesamt bestehen im Wesentlichen folgende Risiken und Chancen:

Kernverwaltung

Der Wirtschaftsstandort Dortmund hat die globale Wirtschaftskrise robust überstanden. Dennoch ist die Arbeitslosenquote in Dortmund (12,3 % in 12/2011) nach wie vor deutlich zu hoch. Entgegen dem Trend hat sich in Dortmund der seit Jahren kontinuierliche Anstieg der Erwerbstätigenzahlen fortgesetzt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg mit rund 204.000 im Juni 2011 auf den höchsten Wert seit über zehn Jahren. Der Wirtschaftsstandort Dortmund mit seiner weit gefächerten Branchenstruktur, einer leistungsfähigen und innovativen Industrie und einem starken Mittelstand ist robust und zukunftsfähig aufgestellt.

Die Verschuldung der Kernverwaltung hat auch im abgelaufenen Jahr zugenommen. Zum 31.12.2011 bestanden Verbindlichkeiten aus Investitions- und Liquiditätskrediten in Höhe von 2.076.918 T€ (+ 90.504 T€). Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge. Die Staatsschuldenkrise hat zur Folge, dass deutsche Kommunen sich zu historisch niedrigen Zinsen refinanzieren können und der Finanzaufwand in 2011 somit nur um 1.233 T€ gestiegen ist. Eine mögliche Erhöhung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank und daraus folgende höhere Refinanzierungskosten würden für die Kernverwaltung signifikante Risiken bergen. So würde eine einprozentige Zinserhöhung bezogen auf den Liquiditätskreditbestand zum 31.12.2011 eine Erhöhung des Zinsaufwandes um 12.219 T€ bedeuten.

Gesamtlagebericht

Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Lage der Kernverwaltung stark von der konjunkturellen Entwicklung und den damit verbundenen Steuereinnahmen abhängig. Aufgrund dieser Abhängigkeit von einer sich im ganzen Euro-Raum abkühlenden Wirtschaftslage sind die Perspektiven für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von großer Unsicherheit geprägt.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus den stetig steigenden Sozialtransferaufwendungen. Insbesondere die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft nehmen infolge steigender Energiepreise weiter zu. Hinzu kommt eine ständige Erhöhung der Aufwendungen für Hilfen zur Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung.

Der Haushaltsplan für 2012 sieht einen Jahresfehlbetrag von - 65.971 T€ vor. Die weitere Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage wurde am 29.02.2012 von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

DSW21

Durch kontinuierliche Angebotsverbesserungen ist DSW21 bestrebt auch in Zukunft Mobilität auf hohem Niveau anzubieten und dadurch zusätzliche Fahrgäste zu gewinnen. Hierzu trägt auch das Bevölkerungswachstum und der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in Dortmund bei.

Der Wettbewerb im Verkehrssektor kann durch Verluste von Linien im Ausschreibungsverfahren zu Ertragseinbußen führen. Der Rat der Stadt Dortmund hat DSW21 mit der Erbringung von Verkehrsleistungen bis 2018 betraut. Derzeit wird das Personenbeförderungsgesetz novelliert. Der Gesetzesentwurf geht davon aus, dass die Regelungen zur Direktvergabe angewendet werden dürfen. Eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die bundeseinheitliche Zulässigkeit von Direktvergaben enthält der Gesetzesentwurf nicht. In Folge dessen können Gerichte aufgrund von landesrechtlichen Bestimmungen Direktvergaben für unzulässig erklären.

Die strukturellen Defizite des Verkehrsbereichs werden vor allem durch die Gewinne der Tochtergesellschaften aus dem Energiebereich ausgeglichen. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen für die deutsche Energiewirtschaft verminderte sich die insbesondere über die KEB an DSW21 abgeführte Dividende der RWE AG von 3,50 €/Aktie in 2011 auf 2,00 €/Aktie in 2012.

Gesamtlagebericht

Beim Projekt Phoenixsee ist die Herrichtung und Erschließung soweit fortgeschritten, dass größtenteils Kostensicherheit gegeben ist. Grundsätzlich sind bei einem Projekt dieser Größenordnung Kostenänderungen bis zum endgültigen Abschluss der Arbeiten nie auszuschließen.

Trotzdem geht die Mittelfristplanung von DSW21 von positiven Jahresergebnissen bis 2016 aus.

DEW21, DEW21-Netz

DEW21 verfolgt weiterhin die Strategie zur Verbesserung des Energiemixes hin zu einem umweltfreundlichen und nachhaltigem Angebot. Der Anteil an eigenerzeugter Energie soll bis 2020 auf mindestens 25% erhöht werden.

Durch die Beteiligung an der STEAG GmbH soll mittelfristig eine stärkere Unabhängigkeit von den großen Energieversorgern angestrebt und der Bereich Erneuerbare Energien nachhaltig gestärkt werden. Darüber hinaus soll Fernwärme als wichtiger Eckpfeiler einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung gesichert und ausgebaut werden.

Aus derzeitiger Sicht liegen nach Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks GEKKO die Strombezugskosten für die Jahre 2013 bis 2016 über den an der Strombörse gehandelten Marktpreisen. Unter Berücksichtigung der erwarteten Absatzpreise dieser Jahre wurde zur Absicherung vor drohenden Verlusten durch Bildung einer Rückstellung entsprechend Vorsorge getroffen. Im Wasserbereich muss in den nächsten Jahren mit einer Steigerung der Bezugskosten gerechnet werden, da gesetzliche Anforderungen umfangreiche Investitionen notwendig machen. Zudem besteht für DEW21 das Risiko, aufgrund der anhängigen Kartellverfahren und des Urteils des Bundesgerichtshofes die Wasserpreise zu senken.

DEW21 erwartet für die nächsten zwei Jahre ein stabiles Geschäftsergebnis. Dabei stellen die erwarteten Anfangsverluste aus den Beteiligungen an der KGE- Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG und GEKKO eine zusätzliche Herausforderung dar. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages werden die Gewinne an DSW21 unter Berücksichtigung einer Garantiedividende an RWE Deutschland AG abgeführt.

Gesamtlagebericht

Bei DEW21-Netz werden die Umsatzerlöse von einer erneuten Festlegung der Erlösobergrenze beeinflusst. Die derzeitigen Nutzungsentgelte von DEW21-Netz liegen im bundesweiten Vergleich an der unteren Grenze. Aus den zunehmenden Regulierungsmaßnahmen der Bundesnetzagentur werden weitere, das Ergebnis belastende Effekte erwartet, die von DEW21 aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages ausgeglichen werden.

Flughafen

Trotz des Rückzuges von Air Berlin zum Winterflugplan 2012/2013 geht der Flughafen von stabilen Passagierzahlen für 2012 aus. Die ab Dortmund angeflogenen Ziele in Zentral- und Osteuropa werden Wachstumsfaktoren bleiben. Aufgrund der Rahmenbedingungen, eingeschränkter Betriebszeiten und einer kurzen Start- und Landebahn, besteht grundsätzlich das Risiko des Wegfalls weiterer Flugverbindungen.

Die zukünftige Entwicklung wird auch von den Hauptprüfverfahren wegen möglicher staatlicher Beihilfen abhängen, die die EU-Kommission in 2007 und 2012 eingeleitet hat. Insgesamt ist das Risiko nicht auszuschließen, dass die EU-Kommission die Finanzierung über einen Ergebnisabführungsvertrag als Gewährung unzulässiger Betriebsbeihilfen einordnet. Diese Einordnung könnte eine Bestandsgefährdung zur Folge haben. Belastbare Anhaltspunkte für eine solche Einordnung liegen aber bislang nicht vor. Um die bestehende Unsicherheit zu beseitigen und den Fortbestand des Flughafens dauerhaft zu sichern, hat der Vorstand von DSW21 beschlossen, einen Antrag auf Beendigung des Prüfverfahrens durch die EU-Kommission bei gleichzeitiger Gewährung einer EU-konformen Umstrukturierungsbeihilfe unter Vorlage eines Konzepts zur Änderung der Finanzierung zu stellen. Der Antrag ist den beteiligten Ministerien und der EU-Kommission vorgestellt und mit ihnen erörtert worden.

Die Stadt Unna hat Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster gegen den Bescheid der Bezirksregierung Münster eingelegt, der das maximale Abfluggewicht der in Dortmund verkehrenden Luftfahrzeuge auf 100 Tonnen festsetzt.

Der Flughafen führt im hoheitlichen Auftrag des Landes NRW die Luftsicherheitskontrollen nach § 5 Luftsicherheitsgesetz durch. Aufgrund der Vorschriften des Vergaberechts besteht

Gesamtlagebericht

das Risiko, dass diese Dienstleistung zukünftig durch das Land NRW ausgeschrieben werden muss.

Der für 2012 erwartete Verlust von 19.000 T€ wird aufgrund der für 2012 vertraglich bestehenden Verpflichtung zur Verlustübernahme durch DSW21 ausgeglichen.

Hafen

Der Hafen ist am Container Terminal Dortmund beteiligt. Aufgrund der annähernd vollständigen Auslastung der Anlage befindet sich eine weitere in Planung. Mit dieser weiteren Anlage für den kombinierten Ladungsverkehr im Hafengebiet trägt die Gesellschaft nicht nur dem Wachstum der Logistikbranche Rechnung, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Verkehrsträgers Straße.

Mögliche finanzielle Belastungen für den Hafen können sich durch das Hafensicherheitsgesetz sowie aus möglichen Rückforderungsansprüchen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes aufgrund von Zuschussgewährungen für den vierten Bauabschnitt des Container-Terminals ergeben.

Für 2012 plant der Hafen einen Jahreüberschuss von 1.200 T€.

DOGEWO21

Für DOGEWO21 spielt die demografische Entwicklung mit kleiner werdenden Haushalten und einer immer älter werdenden Gesellschaft sowie die technische Zukunftsfähigkeit des Wohnungsbestandes eine zentrale Rolle. Dabei wird eine nachhaltige Bestands- und Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung sozialer, städtebaulicher und ökologischer Gesichtspunkte verfolgt.

Für 2012 rechnet DOGEWO21 mit einem Jahresüberschuss von 2.500 T€.

DOKOM21

Neben klassischen Telekommunikationsdienstleistungen vermarktet DOKOM21 erfolgreich Rechenzentrumsflächen. Die bestehenden Rechenzentrumsflächen werden mit dem Bau eines neuen Rechenzentrums in 2012 erweitert. Zusätzlich sollen

Gesamtlagebericht

weitere Infrastrukturen für das Kabelfernsehen geschaffen sowie Mobilfunkstandorte erweitert werden.

Für 2012 geht DOKOM21 weiterhin von einem positiven Geschäftsverlauf aus.

EDG-Holding, EDG, DOGA, MVA-E, DOWERT

Die weitere wirtschaftliche Situation des EDG-Konzerns ist davon abhängig, ob und wann sich die allgemeine Konjunkturlage auch in der Entsorgungsbranche, insbesondere durch einen Anstieg des Preisniveaus, bemerkbar macht. Diesen Erwartungen steht das Risiko gegenüber, dass nach Fertigstellung weiterer Verbrennungsanlagen erneut Verbrennungskapazitäten auf den deutschen Markt kommen, die zu einer ausbleibenden Preiserholung oder gar zu weiteren Preisrückgängen führen können, vor allem in Verbindung mit einem verringerten Abfallaufkommen aufgrund der konjunkturellen und demografischen Entwicklung in Deutschland. Der EDG-Konzern stellt sich dieser Herausforderung u.a. durch verstärkte Vertriebsaktivitäten zur Mengensicherung. Beispielhaft zu nennen ist hier die am 01.01.2012 begonnene Kooperation der Stadt Dortmund mit dem Kreis Borken für den Mengenaustausch von Bioabfall aus Dortmund für die Mechanisch-biologische Aufbereitungsanlage in Gescher und die Siedlungsabfälle aus dem Kreis Borken für das Müllheizkraftwerk in Iserlohn. Darüber hinaus wird der Ressourceneffizienz durch die Nutzung der in den Abfallströmen enthaltenen Wertstoffe und Energie allerhöchste Priorität eingeräumt. Dies wird sowohl durch die Einführung der kombinierten Wertstofftonne im Rahmen eines Pilotversuches als auch durch die Fernwärmeauskopplung umgesetzt. Seit Januar 2012 versorgt die MVA-Hamm die Fernwärmegebiete Hamm-Mitte und Hamm-Heesen mit Fernwärme. Ein ergänzendes Vorhaben stellt der „Mobile Sorptionsspeicher“ dar, mit dessen Probetrieb in 2012 ein innovativer Bereich zukunftsorientierter Technologien betreten wurde.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung ist das im Vermittlungsausschuss erzielte Ergebnis zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und die hierzu eingereichte Beschwerde der privaten Entsorgungswirtschaft vor der EU-Kommission.

Die Verbrennungskapazitäten in den Müllverbrennungsanlagen (Hagen, Hamm und Iserlohn) sind weitestgehend durch langfristige Kontingentverträge ausgelastet, so dass von stabilen Jahresergebnissen ausgegangen werden kann.

Gesamtlagebericht

Der Jahresüberschuss der EDG-Holding wird überwiegend durch Beteiligungserträge geprägt. In den kommenden Jahren werden trotz der schwierigen Lage der Entsorgungsbranche auch bei den Beteiligungsunternehmen zufriedenstellende Ergebnisse erwartet. Die EDG-Holding geht daher bei konstanten Beteiligungserträgen von gleichbleibenden Jahresüberschüssen für 2012 und 2013 aus.

Westfalahallen

Sofern sich die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum weiter günstig entwickeln, können insbesondere Publikumsveranstaltungen aus den Bereichen Messen und Veranstaltungen davon profitieren. Die Position des Instrumentes Messe im Marketing-Mix hat sich in den letzten Jahren weiter verbessert. Für 85 % der Aussteller auf B-to-B-Messen sind Messebeteiligungen wichtig oder sehr wichtig.

Zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes wurde in 2012 der Bereich Unternehmensentwicklung neu geschaffen. Auch die geplanten investiven Maßnahmen sollen die Attraktivität und Effizienz des Messe- und Veranstaltungszentrums erhöhen.

Der Unternehmensverbund rechnet für 2012 mit einem geringeren Gesamtumsatz. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die umsatz- und ergebnisstarke, bislang jährlich zweifach durchgeführte Messe INNOWA! ab 2012 nicht mehr stattfinden wird. Langfristig wird, unter Berücksichtigung der unternehmenstypischen Schwankungen aufgrund starker und schwacher Messejahren, tendenziell mit Umsatzzuwächsen gerechnet und eine Ergebnisverbesserung angestrebt. Dazu trägt auch die Veräußerung des defizitären Olympiastützpunktes Westfalen in 2011 bei.

Klinikum

Aufgrund des zum 01.01.2011 in Kraft getretenen Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-Finanzierungsgesetzes) bleibt die Finanzierungssituation in den deutschen Krankenhäusern weiterhin kritisch. Das Klinikum plant für 2012 eine Steigerung der Bewertungspunkte und trägt somit der Inbetriebnahme des neuen OP- und Funktionszentrums (ZOPF) Rechnung. Neben Prozessoptimierungen und zusätzlich geschaffenen Ressourcen wird insbesondere auf den Vermarktungseffekt der neuen medizinischen Infrastruktur gesetzt. Weitere Erlössteigerungen

Gesamtlagebericht

sind im Bereich der Ambulanzen der Kinderklinik geplant. Aufgrund der jahrelangen Verlustsituation des Klinikums ist eine weitere konsequente Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen dringend erforderlich.

Das Klinikum plant für 2012 einen Jahresüberschuss von 2.900 T€.

Seniorenheime

Die Entwicklung des Dortmunder Pflegemarktes ist von einem weiteren Anstieg an Pflegeplätzen geprägt. Mit der erfolgreichen Positionierung der Pflegeheime sieht die Gesellschaft gute Chancen, die Marktposition zu halten und in Zukunft weiter auszubauen. Der Ausbau soll durch zusätzliche Leistungserbringung innerhalb der Wohnquartiere älterer Menschen erfolgen.

Da die Anpassung der Pflegesätze an die Entwicklung der tatsächlichen Kostenstrukturen nicht in vollem Umfang durchsetzbar ist, müssen auch künftig die Kostenstrukturen verbessert werden. Dazu soll insbesondere auch die in 2011 gegründete SHDO Service GmbH beitragen. Zur Sicherung der Leistungsqualität bei zunehmendem Pflegenotstand wird die Personalstruktur durch eine konsequente Personalentwicklung gefestigt.

Für 2012 planen die Seniorenheime einen Jahresfehlbetrag von - 842 T€.

Konzerthaus

Das Konzerthaus bleibt nach der Wirtschaftsplanung für 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung auf öffentliche Mittel in Form von Zuschüssen der Stadt Dortmund angewiesen. Die zukünftige Entwicklung ist abhängig von der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds und des konkreten Einzugsbereiches des Dortmunder Konzerthauses. Zusätzliche Angebote in der Region beleben das kulturelle Umfeld, werben allerdings auch um tendenziell knapp werdende Mittel. Insbesondere aufgrund dieser Rahmenbedingungen wird das Konzerthaus nur begrenzt in der Lage sein, die jährlich inflationsbedingten Kostensteigerungen über die Kartenpreise abzuwälzen. Zentrale Aufgabe bleibt somit, durch ein attraktives Angebot, die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit mit den Partnern des Hauses sowie weitere interne Optimierungen gegenzusteuern.

Das Konzerthaus plant für 2012 einen Jahresfehlbetrag von -5.100 T€.

Gesamtlagebericht

SV Grund

Die Vermarktung von Baugrundstücken verläuft seit etwa drei Jahren aufgrund stabiler Konjunkturentwicklung wieder erfolgversprechender. Da weiterhin eine rege Nachfrage an Baugrundstücken besteht, gilt das Ziel, die Planverfahren und Erschließungen für die Flächen des Sondervermögens und deren Vermarktung gerade in den gut nachgefragten Baugebieten mit Priorität durchzuführen. Für 2012 ist eine gezielte Entwicklung des Bauflächenbestands, die restliche Fertigstellung des U-Turm-Areals (z. B. Gastronomieprojekt) sowie die Errichtungen der Phoenix- und Reinoldus & Schiller-Sporthalle geplant. Weiterhin soll die Vermarktung der Hörder Burg im Jahr 2012 beginnen.

SV Grund plant für 2012 einen Jahresfehlbetrag von - 5.480 T€.

SVTZ

Auf Grund der getätigten Investitionen hat sich im SVTZ der Geschäftsumfang deutlich erhöht. Die weitere Entwicklung des SVTZ ist geprägt durch die Entwicklung der bereits am Standort ansässigen Unternehmen, der Akquisitionsmöglichkeiten und -erfolge der TZDO GmbH, der Wirtschaftsförderung sowie durch die weitere Entwicklung des Standortes.

Die NRW.Bank hat das SVTZ auf Rückforderung von Fördermitteln bei den Projekten „e-port dortmund“ und „B1st. Software-factory“ verklagt. Der Bundesgerichtshof hat einer Revisionsklage der NRW.Bank stattgegeben und in 2011 zur nochmaligen Beurteilung des Sachverhaltes an das Oberlandesgericht Düsseldorf zurück verwiesen. Trotz gewonnener Vorinstanzen ist der Ausgang des Verfahrens derzeit offen. Ein Präzedenzfall existiert bislang nicht. Eine bilanzielle Berücksichtigung des Sachverhaltes erfolgte mit der Bildung entsprechender Rückstellungen. Für bereits schlussgerechnete Projekte hat das SVTZ für die Investitionszuschüsse, die bisher noch nicht vollständig von der NRW.Bank ausgezahlt wurden, eine Klage beim Landgericht Düsseldorf eingereicht.

Für 2012 plant das SVTZ einen Jahresfehlbetrag von - 93 T€.

Theater

Der Bestand des Theaters ist mangels ausreichender Erträge und Einnahmen nur durch die rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung von Finanzmitteln durch die Stadt Dortmund gewährleistet. Mit den gemäß Investitions- und Erfolgsplanung für die Spielzeit 2011/2012

Gesamtlagebericht

gewährten Zuschüssen der Stadt Dortmund und dem Land NRW ist das Theater vorerst auskömmlich finanziert. In dieser Planung sind der Ausgleich möglicher Tarfkostensteigerungen sowie Investitionen in Folge erforderlicher Brandschutzmaßnahmen noch nicht berücksichtigt.

Das Theater plant für 2012 einen Jahresfehlbetrag von - 150 T€.

Kulturbetriebe

Die schwierige Haushaltslage der Stadt Dortmund und des Landes sowie der Zwang zu weiteren Einsparungen bestimmen die künftige Weiterentwicklung der Kulturbetriebe. Auf Basis der Produkt- und Leistungsplanung soll eine stabile Situation bei den Erträgen erreicht werden. Allerdings birgt die mittelfristige Finanzplanung erhebliche Risiken mit dem städtischen Zuschuss die Angebote in der bisher gewohnten Form und Breite zu realisieren und die Bausubstanz zu erhalten.

Für 2012 planen die Kulturbetriebe ein ausgeglichenes Ergebnis.

FABIDO

Das am 16.12.2008 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiföG) fordert bis zum Jahr 2013 einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Ab dem 01.08.2013 hat ein Kind bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege. Bundesweit ist eine durchschnittliche Versorgung von 35% der Kinder unter drei Jahren vorgesehen. Diese Planzahl ist zunächst auch für Dortmund als Zielgröße avisiert. Die kommunalen Spitzenverbände gehen allerdings davon aus, dass diese Quote nicht erreicht wird. Um die Entwicklungsziele zu erreichen, muss auch in Dortmund ein quantitativer und qualitativer Aus- und Umbau von Plätzen erfolgen. FABIDO wird in 2012 durch die Fertigstellung des Neubaus einer achtgruppigen Einrichtung das Angebot erweitern.

Für das Kindergartenjahr 2012 / 2013 sind weitere Steigerungen des Angebotes für Kinder unter drei Jahren und ein Zuwachs der Ganztagsplätze in den Tageseinrichtungen geplant. Weiterhin stehen Prozessoptimierungen sowie Effizienzsteigerungen im Vordergrund.

Für 2012 plant FABIDO ein ausgeglichenes Ergebnis.

Gesamtlagebericht

WFDO

Auf der Grundlage der Wirtschaftplanung für 2012 kann die WFDO ihre Produkt- und Leistungsplanung unter abgesicherten finanziellen Rahmenbedingungen fortsetzen. Die Tätigkeiten richten sich weiterhin an den im Strategieprozess festgelegten Leitthemen für die Jahre 2008 bis 2018 aus und werden kontinuierlich weiterentwickelt, um den neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen auch in Zukunft begegnen zu können. Darüber hinaus ist die WFDO bestrebt mögliche Förderungen für unterschiedliche Projekte zu akquirieren. Wie sich die Zuweisungen künftig entwickeln, ist nicht vorhersehbar. Mittelfristig kann jedoch die Reduzierung der Landeszuweisungen die Fortführung einzelner zeitlich begrenzter Projekte gefährden.

Die WFDO plant für 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedhöfe

Die Marktsituation der Friedhöfe bleibt weiterhin aufgrund der demografischen Veränderung, der Änderungen von Bestattungsverhalten und Bestattungskultur sowie der Konkurrenzsituation angespannt. Zusätzlich ist ein kontinuierlicher Rückgang des öffentlichen Zuschusses für den Grün- und Erholungswert und den Denkmalschutz zu verzeichnen. Die Friedhöfe werden auch künftig das Bestattungsverhalten fortlaufend beobachten, um die wirtschaftliche Situation zu festigen. Dazu tragen neben der marktorientierten Gebührenstruktur auch die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung bei.

Die Friedhöfe planen für 2012 einen Jahresfehlbetrag von - 452 T€.

SFB

Um das Angebot an Freizeitgestaltung sowohl attraktiv, als auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist SFB vorrangig von hinreichenden städtischen Zuschüssen abhängig. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass von SFB weitere Optimierungen erwartet werden, um den Zuschussbedarf zu reduzieren. Die Aktivitäten werden mittelfristig geprägt sein von erforderlichen Maßnahmen zur gesamtstädtischen Haushaltskonsolidierung. Gleichwohl ist SFB bestrebt, das Angebot mit den zur Verfügung stehenden Mitteln weitestgehend aufrecht zu erhalten.

Gesamtlagebericht

Für 2012 plant SFB ein ausgeglichenes Ergebnis.

DSV

Die nicht exakt bestimmbareren Kosten während des Nachsorgezeitraumes sowie Verschärfungen der rechtlichen Vorschriften durch nationale Gesetzesänderungen oder Vorgaben der Europäischen Union können sich kostenerhöhend auswirken. Mehr- oder Minderaufwendungen aus dem Betrieb der Deponie bzw. während des Nachsorgezeitraums werden im Rahmen des Gebührenhaushaltes durch die Stadt Dortmund ausgeglichen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäfts-/Haushaltsjahres sind nicht eingetreten.

4. Kennzahlen zur Gesamtlage

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

			2011	2010
Aufwandsdeckungsgrad	=	$\frac{\text{ordentliche Gesamterträge}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	96,99%	98,02%
Eigenkapitalquote I	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	25,31%	26,44%
Eigenkapitalquote II	=	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/ Beiträge}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	38,02%	39,63%
Fehlbetragsquote	=	$\frac{\text{Gesamtjahresergebnis des Konzerngesellschafters}}{\text{Allgemeine Rücklage} + \text{Ausgleichsrücklage}} \times 100$	5,26%	2,35%

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Gesamtaufwendungen durch ordentliche Gesamterträge gedeckt werden können.

Die **Eigenkapitalquoten** spiegeln den Anteil des Eigenkapitals (Eigenkapitalquote I) bzw. des wirtschaftlichen Eigenkapitals (Eigenkapitalquote II) wider.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch das Gesamtergebnis des Konzerngesellschafters in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Gesamtlagebericht

Kennzahlen zur Ertragslage

			2011	2010
Personalintensität	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	27,27%	28,85%
Sach- und Dienstleistungsintensität	=	$\frac{\text{Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	32,49%	30,25%

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich der Konzern für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

			2011	2010
Infrastrukturquote	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	27,89%	28,14%
Abschreibungsintensität	=	$\frac{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	8,63%	9,61%
Drittfinanzierungsquote	=	$\frac{\text{Erträge aus Auflösung SoPo}}{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}} \times 100$	35,39%	37,42%
Investitionsquote	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen}}{\text{Abgänge des AV + bilanzielle AfA auf AV}} \times 100$	102,21%	86,07%
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	60,33%	58,70%

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen her.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang der städtische Konzern durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Drittfinanzierungsquote** gibt an, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Die **Fremdkapitalquote** ist der prozentuale Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme. Sie ist ein Maß für die finanzielle Solidität.

Gesamtlagebericht

Kennzahlen zur Finanzlage

		2011	2010
Anlagendeckungsgrad II	$= \frac{\text{EK} + \text{SoPo Zuwendungen/ Beiträge} + \text{langfr. FK}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$	71,10%	75,79%
Liquidität II. Grades	$= \frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Forderungen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100$	35,60%	40,40%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	$= \frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	15,76%	14,96%
Zinslastquote	$= \frac{\text{Finanzaufwendungen}}{\text{ordentliche Gesamtaufwendungen}} \times 100$	3,90%	4,05%
Dynamischer Verschuldungsgrad	$= \frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus lfd. Geschäftstätigkeit (KFR)}} \times 100$	33,0 Jahre	46,5 Jahre

Der **Anlagendeckungsgrad II** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind.

Die **Liquidität II. Grades** gibt stichtagsbezogen an, inwieweit die kurzfristigen Verbindlichkeiten die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen decken.

Die **kurzfristige Verbindlichkeitsquote** gibt an, inwieweit die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Die **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Gesamtaufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit besteht.

Der **Dynamische Verschuldungsgrad** gibt an, in wie vielen Jahren es unter gleichen Bedingungen theoretisch möglich wäre, die Effektivverschuldung (ohne Neuverschuldung) vollständig zu tilgen.

5. Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

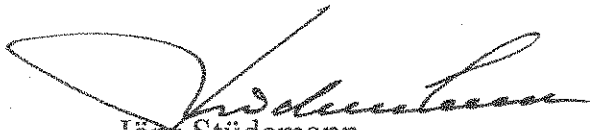
Auf eine Darstellung der Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder wird zur Vermeidung von Doppelungen verzichtet. Es wird auf den Jahresabschluss 2011 der Stadt Dortmund verwiesen.

Aufgestellt:

Dortmund, 04. 12. 2012

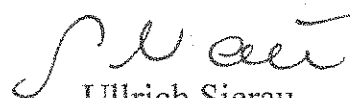
Bestätigt:

Dortmund, 05. 12. 2012



Jörg Stüdemann

Stadtkämmerer



Ullrich Sierau

Oberbürgermeister